



Der
Bartensteiner Vertrag zwischen Preussen und Russland

vom 26. April 1807.

Von

Julius Plew,
Oberlehrer.

Beilage zum Programm des Königl. Gymnasiums zu Bartenstein. 1894.

Bartenstein 1894.

Gedruckt bei Gebr. Kraemer.



1871

Barthelmeier Vertrag zwischen Preussen und Russland

Barthelmeier Vertrag
zwischen Preussen und Russland

Der Bartensteiner Vertrag vom 26. April 1807 ist eine jener weltgeschichtlichen Thaten, die mit einer gewissen Begeisterung in Scene gesetzt, in grossem Stile angelegt, von neuen bahnbrechenden Gedanken getragen, kühne Hoffnungen in schwerer Zeit erweckt haben, aber in kürzester Frist unter der Wucht der Ereignisse und durch den Mangel an Mitteln und an gutem Willen, die kühnen Gedanken in die That umzusetzen, in ein Nichts zerronnen und scheinbar vollkommen bedeutungslos geblieben sind. Eine einzige verlorene Schlacht — und jenes grossartig ersonnenen Vertrages ward kaum noch gedacht. Dennoch ist die Mühe, die in jenem unglücklichen Frühjahr in den Mauern Bartensteins auf jenen Vertrag verwandt wurde, nicht umsonst gewesen. In glücklicheren Tagen, 7 Jahre später, konnte man endlich auf die Erfüllung jener Bartensteiner Hoffnungen rechnen. Was der grosse Staatskanzler damals in sorgenschwerer Zeit am Ufer der Alle zuerst als das Ziel seines Strebens festgestellt, das hat er, nachdem die geknechteten Völker sich siegreich erhoben und von dem korsischen Tyrannen befreit hatten, an der blauen Donau zu einem Teile wenigstens zur That gemacht.

Man kann nicht sagen, dass der Vertrag von Bartenstein in der Geschichtschreibung eine seiner weltgeschichtlichen Bedeutung entsprechende Würdigung gefunden hat. Keine einzige Einzelschrift ist ihm bisher gewidmet worden, und auch in den hervorragendsten Gesamtdarstellungen der Geschichte jener Zeit findet man ihn meist nur mehr oder minder kurz erwähnt.*) Es soll deshalb in den folgenden Zeilen versucht werden, die Entstehung jenes Vertrages, seinen Inhalt, seine Ziele, seine Schicksale auf Grund des in neuerer Zeit veröffentlichten Materials für die Geschichte jener Zeit eingehend und zusammenfassend zu würdigen.

Vorgeschichte.

Mit unerhörter Schnelligkeit und furchtbarster Gewalt war in den Herbsttagen des Jahres 1806 das Unglück über Preussen hereingebrochen. Nie hat ein Staat für die Fehler, die in seiner Leitung begangen waren, eine härtere, selten aber auch eine gerechtere Strafe erlitten, als damals der preussische. Die unglückselige Politik der Neutralität, des Friedens um jeden Preis, hatte Preussen mit verschränkten Armen 11 Jahre lang zusehn lassen, wie ein tyrannischer Eigen-

*) In den gangbarsten Darstellungen finden sich über den Bartensteiner Vertrag sogar auffallende Unrichtigkeiten, oft wenigstens ungenaue, schiefe Auffassung. So u. a. Ebert, *Gesch. d. pr. Staats.* Bd. VI S. 62: „Ebenso wenig hatte der Bartensteiner Vertrag vom 26. April Erfolg, durch welchen England und Schweden versprochen, (sic!) im Verein mit Preussen und Russland für die Selbständigkeit der europäischen Staaten zu wirken, indem man der Uebermacht Napoleons Grenzen setzte.“ Häusser. *D. Gesch. v. Tode Fr. d. Gr.* III S. 99. „England und Schweden traten den Grundsätzen des Bartensteiner Vertrages bei.“

wille ohne Achtung vor Recht und Gesetz mit wilder Gier nach der Knechtung ganz Europas trachtete und Schritt für Schritt diesem Ziele zustrebend ringsum die Staaten niederwarf. Diese Politik, die so überaus kurzsichtig war, das alles geschehen zu lassen, ohne einen Finger zu rühren, weil man selbst ja noch in dem allgemeinen Wanken und Stürzen sich auf diese Weise mit einiger Mühe aufrecht erhielt, wenn auch auf Kosten alles Ansehns, aller Achtung bei Freund und Feind, — die Politik der unbegrenzten Friedensliebe, die in solcher Zeit nichts gethan hatte, um Preussen für den sicheren Fall vorzubereiten, dass es endlich auch an die Reihe kam, — diese Politik eines herzlosen Egoismus einerseits, einer vertrauensseligen Gedankenlosigkeit, einer unwürdigen Unentschlossenheit anderseits hatte auf den Schlachtfeldern von Jena und Auerstädt ihren wohlverdienten Lohn gefunden. Zu spät, im ungünstigsten Augenblick unternommen, schlecht vorbereitet und noch schlechter geleitet, nahm der Krieg eine Wendung, die niemand vorausgesehen, über die ganz Europa, selbst Napoleon erstaunt sein musste. Der unglücklichen Katastrophe vom 14. Oktober folgten noch schlimmere Ereignisse als diese, die schmachvolle Uebergabe der Festungen, die Kapitulationen der einzelnen, zerstreuten Korps der so glorreichen fridericianischen Armee. In wenigen weiteren Wochen war alles Land bis zur Weichsel verloren. Hinter dieser sammeln sich die Reste des preussischen Heeres, und hier erscheint auch eine Armee des befreundeten und verbündeten Russland, um dem bedrängten Nachbarn das letzte Stück seines Landes verteidigen zu helfen, vor allem aber um die eigene Grenze zu schützen. Nach längerem Hin- und Herziehen der beiderseitigen Heere, wobei die Franzosen oft im Nachteil waren, erfolgte, nachdem Napoleon selbst auf dem Kriegsschauplatze erschienen, die mörderische und bemerkenswerte Schlacht bei Eylau am 7. und 8. Februar. Am ersten Tage schwankte der Sieg, besonders im Kampfe um die Stadt Eylau, hin und her, bis am Abend die Stadt in den Händen der Russen blieb. Sonderbarerweise gab Bennigsen aber die Stadt wieder auf, um am folgenden Tage die Franzosen in einer Stellung östlich der Stadt zu erwarten. Nachdem die Russen die Franzosen mehrmals mit grossem Verlust zurückgeschlagen hatten, würden sie dennoch die Schlacht verloren haben, weil ihr linker Flügel bereits vom Feinde umgangen und im Rückzuge war, wenn der General v. L'Estocq nicht zu rechter Zeit mit den preussischen Truppen und einem russischen Regimente, das unter seinem Befehl stand, angekommen, nun seinerseits den die Russen verfolgenden Feind angegriffen und gänzlich geschlagen hätte. Dadurch blieb das Schlachtfeld im Besitz der Russen und Preussen. Der zweifellos grosse Erfolg der Tage von Eylau — freilich mehr ein moralischer — bestand darin, dass Napoleon zum ersten Male das Schlachtfeld nicht als Sieger verliess. Er hatte geglaubt, jenseits der Weichsel die Russen und Preussen zu schlagen, wie er die Russen und Oesterreicher bei Austerlitz geschlagen hatte. Statt dessen stiess er auf einen Widerstand, wie er ihn bisher noch nie gefunden. Bekanntlich wurde dieser Erfolg von Bennigsen nicht weiter ausgenutzt, vielmehr zog er sich vom Schlachtfelde zurück, so dass sich Napoleon sogar den Sieg zuschreiben konnte. Obwohl die Franzosen schon alle Anstalten getroffen hatten, sich zurückzuziehen, blieb Napoleon nunmehr, als er den Rückzug der Russen erfuhr, stehn, wagte es aber doch nicht, sie am 9. Februar zu verfolgen. Erst in den folgenden Tagen wurden Kavalleriecorps von ihm nachgeschickt, die aber mit beträchtlichem Verlust zurückgeschlagen wurden. Am 16. Februar zog sich hierauf die ganze französische Armee bis hinter die Passarge zurück, und Napoleon nahm sein Hauptquartier zu Osterode. Viele französische Generale und andere Offiziere haben es nachher selbst eingestanden, dass ihre Verlegenheit die äusserste gewesen sein würde, wenn sie am 9. wieder angegriffen und rasch verfolgt worden wären.*)

*) Ranke: Denkwürdigkeiten des Staatskanzlers Fürsten v. Hardenberg. III S. 301.

Statt dessen nahm Bennigsen sein Hauptquartier in Königsberg, und die russische Armee hauste in der Umgegend aufs furchtbarste, schlimmer als der Feind es hätte thun können. Erst als die Franzosen sich zurückgezogen hatten, gelang es mit grosser Mühe, ihn zum Vorgehen zu bewegen. Die Franzosen hatten Anstalten gemacht, bis über die Weichsel zurückzugehn, wenn sie verfolgt würden; da das nicht der Fall war, nahmen sie, wie schon gesagt, ihre Stellung hinter der Passarge, behaupteten aber bei Guttstadt und Allenstein die Alleübergänge. Von hier dehnte sich die Stellung der Franzosen über Ortelsburg nach Neu-Ostpreussen bis zum Narew und Bug aus.

Dem gegenüber nahm die russisch-preussische Armee ihre Stellung von Heiligenbeil in der Nähe des Haffs, wo General von L'Estocq mit den preussischen Truppen auf dem rechten Flügel stand, über Heilsberg, Bischofstein, Sensburg, Johannisburg ebenfalls bis zum Narew und Bug. Das Hauptquartier befand sich seit dem 7. März in Bartenstein. Mehr als drei Monate blieben die Armeen im grossen und ganzen in diesen Stellungen, und die kriegerischen Ereignisse während dieses für das arme Ostpreussen so entsetzlichen Frühjahrs beschränkten sich auf diesem Kriegsschauplatze auf kleine Gefechte der Vorposten und leichten Truppen.

• Bedeutungsvoller war die gleichzeitige Belagerung der rühmlich verteidigten preussischen Festungen durch Napoleon. Vor allem handelte es sich um Danzig, das Napoleon nicht unbezwungen in seinem Rücken lassen und darum unter allen Umständen erst erobern wollte, ehe er in Ostpreussen die Entscheidung herbeizuführen suchte.

Soviel über die allgemeine Kriegslage in den der Schlacht bei Eylau folgenden Monaten, von Februar bis Anfang Juni 1807.

Von erheblich grösserer Wichtigkeit als die militärischen Ereignisse während dieses Zeitraums waren die gleichzeitigen politischen Vorgänge, die jetzt in den Vordergrund des Interesses treten und naturgemäss für unseren Zweck einer eingehenderen Würdigung bedürfen. Es dürfte sich empfehlen, im Interesse einer besseren Uebersichtlichkeit das damalige Verhältnis Preussens zu jeder einzelnen hier in Frage kommenden Macht gesondert ins Auge zu fassen.

I. Preussen und Frankreich.

Der berüchtigte Vertreter der preussischen Friedenspolitik, der Mann des Schönbrunner Vertrags, der auch nach Jena und Auerstädt nichts Eiligeres zu thun hatte, als Napoleon um Unterhandlungen zu bitten, Graf Haugwitz, war endlich im Dezember 1806 von seinem Posten als Leiter der auswärtigen Politik Preussens entfernt. Man hatte im Oktober und November 1806 geschwankt, ob man mit Frankreich Frieden schliessen und sich dem französischen System anschliessen oder auf Russland sich stützen und mit diesem vereint den Krieg fortsetzen sollte. Die Erwägung, dass Preussen, wenn es sich mit Frankreich vereinigte, seine Front gleichsam gegen Russland nehmen und sicher — um der polnischen und der türkischen Frage willen — als Bundesgenosse Frankreichs in einen Krieg mit Russland verwickelt werden würde, der Friede also doch nicht erreicht würde, gab den Ausschlag. Gegen Haugwitz' Ansicht wurden die Waffenstillstandsbedingungen Napoleons abgewiesen und Haugwitz entlassen. Die Hoffnung aller Patrioten und der auswärtigen Freunde Preussens, dass damit endlich ein vollständiger Umschwung eintreten, dass der König sich ganz von den Männern der Haugwitzschen Politik, wie Beyme u. a. trennen und nun dem Rat der Männer der entgegengesetzten Richtung, wie Stein und Hardenberg, folgen werde, — diese Hoffnung erfüllte sich noch nicht. Haugwitz' Nachfolger wurde General von Zastrow, ein Mann, der auch alles Heil Preussens darin sah, so bald als möglich mit Napoleon

unter einigermaßen annehmbaren Bedingungen zum Frieden zu kommen, und zwar suchte Zastrow einen allgemeinen Friedenskongress -- unter Englands und Russlands Teilnahme -- herbeizuführen; doch war diesen Plänen weder Nap. noch Alexander hold. Bei dieser Haltung der auswärtigen Politik Preussens ist es kein Wunder, dass Napoleon sich nach der Schlacht bei Eylau, wo ihm bei der bedrängten Lage seiner Armee viel an der Beendigung eines keineswegs sichern Erfolg versprechenden Feldzugs lag, mit der Hoffnung schmeichelte, Friedrich Wilhelm III. zu einem demütigenden Separatfrieden zu bringen. Am 16. Februar erschien in Memel der General Bertrand mit einem Schreiben Napoleons vom 13., worin er unter heuchlerischen Freundschaftsversicherungen dem Könige Friedensunterhandlungen vorschlägt.*) Wieder rieten Zastrow und seine Gesinnungsgenossen dem Könige, das Anerbieten, allerdings nur nach Benachrichtigung und mit Zustimmung des Kaisers Alexander, anzunehmen, um möglichst schnell zu einem Separatfrieden zu kommen. Diesmal gelang es aber dem Minister von Hardenberg, den König für die Ansicht zu gewinnen, dass mit Napoleon ein ehrenvoller und dauerhafter Friede nicht möglich sei, dass man vor allem aber nur in vollem Einverständnis mit dem verbündeten Russland handeln müsse.***) Die wahre Absicht Napoleons, Preussen von seinem mächtigen Verbündeten zu trennen und dann jedem allein den Fuss auf den Nacken zu setzen, war zu deutlich. Demgemäss wurde zwar Oberst v. Kleist ins französische Hauptquartier gesandt; doch sollte er auf Napoleons Friedensvorschläge nur in dem Falle eingehen, dass auch Russland zu den Verhandlungen zugezogen würde. Vornehmlich beabsichtigte man mit dieser Sendung, Napoleon hinzuhalten, um Bennigsen seinem Wunsche gemäss***) Zeit zu lassen, seine Kräfte zu vereinigen und Verstärkungen aus Russland heranzuziehen. Oberst v. Kleist wurde von Napoleon in Osterode lebenswürdig aufgenommen und brachte als Ergebnis seiner Sendung folgende Vorschläge Napoleons zurück: Der König sollte einen Separatfrieden mit Frankreich schliessen und würde dann in spätestens 4 Wochen wieder in den Besitz seiner Länder, Festungen etc. gelangen. Russland sollte seine Truppen über den Njemen zurückziehen und Preussen einen Frieden zwischen Frankreich und Russland vermitteln. Ueber die Grenzen, die er Preussen zu gewähren gedachte, hatte sich Napoleon aber wohlweislich nicht deutlich ausgesprochen, doch glaubte Kleist herausgehört zu haben, dass er die Elbgrenze im Sinne hatte.****) Sollte der König auf einen Separatfrieden nicht eingehen, so wollte Napoleon auch für den von Preussen vorgeschlagenen Friedenskongress sein, aber nur unter der Bedingung, dass vorher ein Waffenstillstand geschlossen würde, welcher natürlich der französischen Armee die beherrschende Stellung zuwies.

Dass der König damals vornehmlich unter Hardenbergs und Kaiser Alexanders Einfluss die Vorschläge unerwidert liess, bedeutete den endgiltigen Entschluss, sich nicht dem französischen System anzuschliessen, wie Zastrow noch immer wollte, sondern vielmehr im Verein zunächst mit Russland, sodann mit den andern Frankreich feindlichen Mächten im Widerstand zu verharren. In diesem Entschluss wurde der König besonders durch Hardenberg bestärkt, der in seiner dem Könige überreichten hochbedeutsamen Denkschrift vom 3. März 1807*****) ein Programm für die

*) Ein Résumé der Eröffnungen Bertrands Ranke III S. 307.

***) Siehe die Denkschrift bei Ranke V S. 432.

****) Ranke III S. 305.

*****) Bericht bei Bailleu: Preussen und Frankreich 1795—1807. Diplomatische Korrespondenzen.

*****) Ranke V S. 447. Aehnliche Gesichtspunkte finden sich in einer am 31. Januar übergebenen Denkschrift des Freiherrn v. Schladen, eines ganz in Hardenbergs Sinne thätigen Diplomaten, dessen Tagebüchern wir manche wertvolle Mitteilung verdanken. S. Schladens Tagebuch (Preussen i. d. J. 1806 u. 1807) S. 300.

künftige innere und äussere Politik Preussens aufstellte, dem der König zustimmte, — ein Programm, dessen Durchführung zunächst im Abschluss des Bartensteiner Vertrages gipfelte.

Die Briefe*), die Fr. W. III., zwei Monate nach Empfang der Vorschläge Napoleons, zur Beantwortung derselben von Bartenstein aus und später an N. richtete, stehen schon ganz unter dem Einfluss des Bartensteiner Vertrages. Der erste ist datiert Bartenstein d. 21. April 1807. Der König entschuldigt zunächst die Verzögerung seiner Antwort auf den letzten Brief Napoleons mit Verhandlungen, die er über seine Vorschläge mit Russland und England begonnen habe. Er antworte jetzt als Organ der drei vereinigten Mächte Russland, Preussen und England. Dieselben wünschen, sagt der König, ebenfalls lebhaft den Frieden, aber der Frieden müsse allgemein und ehrenvoll sein. Er müsse die Unabhängigkeit und künftige Ruhe Europas sichern durch einen dauerhaften Stand der Dinge, welcher unter die Garantie aller vertragschliessenden Parteien zu stellen sei; auch müsse er über die Verluste derjenigen Mächte billige Bestimmungen treffen, für deren Entschädigung die Höfe von Russland und London durch feierliche Verpflichtungen interessiert seien. Wenn diese Grundsätze die Basis der Friedensbedingungen bilden würden, so würden weniger Wochen nötig sein, um den Frieden herzustellen, als Jahre beim Kongress von Münster nötig waren.***) Der König schlägt Kopenhagen als Ort des Kongresses vor und hält es für wünschenswert, dass auch Oestereich und Schweden teilnehmen, während eine Teilnahme der Pforte überflüssig sei, da Russland bezüglich der Pforte keine andern Pläne habe, als den, die bestehenden Verträge aufrecht zu erhalten.

In seiner Antwort, datiert Finkenstein d. 29. April, geht Nap. auf die geforderten Grundlagen der Friedensunterhandlungen mit keiner Silbe ein, sondern verlangt nur die Teilnahme aller seiner Verbündeten, also besonders der Pforte und Spaniens.

Am 10. Mai erwidert der König Fr. W. III. von Bartenstein aus kurz und bestimmt, er vermisse eine Antwort auf seine wesentlichste Frage und müsse erst diese Erklärung erwarten. Die Zulassung der Verbündeten Frankreichs würde kein Hindernis sein.

Darauf antwortet Nap. am 17. Mai, die Grundlage für die Friedensunterhandlungen müssten sein: Gleichheit (*égalité*) und Gegenseitigkeit (*réciprocité*) zwischen den beiden Krieg führenden Massen; „England und Russland werden für meine Verbündeten thun, was ich für die ihrigen thun werde; und ich werde für die Verbündeten Englands und Russlands thun, was sie für die meinigen thun werden.“

Mit der von Heiligenbeil erlassenen kurzen Antwort Friedr. W.'s, er werde unverzüglich den beteiligten Höfen das Schreiben Nap.'s mitteilen, schliesst dieser sonderbare Briefwechsel, von dem wohl keiner der beiden Korrespondenten sich im Ernst einen Erfolg versprochen hat. —

II. Preussen und Russland.

Nachdem Preussen im Jahre 1805 die Teilnahme an der Koalition sowohl, wie auch ein Bündnis mit Nap. abgelehnt hatte, um wieder mitten zwischen den Kämpfenden die bisherige Neutralität aufrecht zu erhalten, war die erste Annäherung an Russland erfolgt, als die Nachricht von dem Durchmarsch der französischen Kolonnen durch Ansbach angelangt war. Den russischen Truppen wurde sofort der vorher verweigerte Durchmarsch durch Schlesien gestattet, und dem russischen Kaiser wurde erklärt, dass man zu bewaffneten Verhandlungen bereit sei.

*) Da die Briefe bisher nur einmal — bei Bassewitz, die Kurmark Brandenburg 1806—1808 S. 385 ff. — veröffentlicht sind, sei oben ihr Inhalt in Kürze skizziert.

***) Nap. hatte die Befürchtung ausgesprochen, dass ein Friedenskongress die Dauer des westphälischen haben könnte, der den 30jährigen Krieg beendete.

Der Kaiser Alexander selbst erschien in Berlin, und am 3. Nov. wurde zu Potsdam der Vertrag geschlossen, nach welchem Preussen die Vermittelung übernahm und sofort einen Bevollmächtigten ins französische Hauptquartier schickte, um im allgemeinen auf Grundlage des Luneviller Friedens zu verhandeln. Nap. sollte vor allem seine Truppen aus Deutschland, Holland, der Schweiz und Neapel zurückziehn u. s. w. — für Napoleon unannehmbare Bedingungen. Im Falle der Nichtannahme verpflichtete sich Preussen, mit 180000 Mann ins Feld zu rücken.

Preussen ist den im Potsdamer Vertrage übernommenen Verpflichtungen nicht nachgekommen. Erst am 14. November verliess Graf Haugwitz, der Unterhändler, Berlin, aber vom König höchstwahrscheinlich mit einer geheimen, selbst Hardenberg nicht bekannten Instruktion versehen, den Frieden zwischen Preussen und Frankreich auf alle Fälle zu sichern.*) Und demgemäss nahm Haugwitz, als die Situation durch den Tag von Austerlitz völlig geändert war, und nach dem Abmarsch der russischen Armee Preussen bei einem Bruch mit Frankreich allein dem Gefürchteten gegenüberstand, den angebotenen berüchtigten Schönbrunner Vertrag vom 15. Dez. an. Statt die Verbündeten mit 180000 Mann zu unterstützen, wie man sich im Potsdamer Vertrag verpflichtet hatte, schloss Preussen mit Frankreich ein Schutz- und Trutzbündnis und nahm eine Provinz an, die dem Bundesgenossen des Czaren gehörte! Nach längerem Schwanken nahm der König, um den Krieg zu vermeiden, diesen Vertrag an und — setzte seine Armee auf Friedensfuss. Russland war über diese Doppelzüngigkeit der preussischen Politik empört, blieb aber mit Preussen im Einvernehmen und ging, als Preussen entgegen kam und den Herzog von Braunschweig nach Petersburg sandte, auf neue Verhandlungen ein, da dieser Macht im Falle eines Konflikts mit Frankreich sehr viel an Preussens Unterstützung gelegen war. Fürst Dolgoruky, der die Unterhandlungen führte, giebt wohl der am russischen Hofe herrschenden Ansicht Ausdruck, wenn er schreibt:**) „Wenn Preussen besiegt ist, wird man das letzte Hindernis verschwinden sehn, welches Nap. daran hindert, sich auf Russland zu werfen.“ Es lag also Russland daran, Preussen sich als eine Art Vormauer zu erhalten. Nach den in tiefstem Geheimnis***) geführten Verhandlungen sollte sich Preussen verpflichten, bei einem Kriege zwischen Frankreich und Russland niemals gegen Russland zu fechten, während Russland dafür den Besitzstand Preussens schützen sollte. Die sonderbare diplomatische Stellung Preussens in diesem Sommer charakterisiert Hardenberg treffend. Er sagt in einem Anschreiben vom 18. Juni an den König:****) „Ew. Majestät befinden sich in der eigentümlichen Lage, gleichzeitig Verbündeter von Frankreich und Russland zu sein.“ Die Verhandlungen mit Russland führten dann endlich zur Unterzeichnung einer geheimen Bundeserklärung (déclaration d' alliance) in Charlottenburg durch Friedr. Wilh. III., welcher eine bezügliche Gegenerklärung Alexanders am 24. Juli a. S. folgte:*****) Da schloss aber der russische Gesandte Oubril seinen Frieden mit Frankreich, und das brachte Preussen wieder in eine sehr heikle Lage. Der König giebt dem in einem Schreiben an Alexander Ausdruck und bittet den Czaren, vorläufig mit seinen Truppen an der preussischen Grenze zu

*) S. v. Lettow-Vorbeck, der Krieg von 1806 u. 1807 I. S. 11. f.

***) Martens, Recueil des traités VI S. 369.

****) Um das Geheimnis zu wahren, auch gegen die offiziellen Ratgeber des Königs, wurden gefälschte Aktenstücke dem Kabinet, d. h. einem Lombard u. s. w. in die Hände gespielt, um diese zu täuschen. S. Martens VI S. 376.

*****) Martens, VI S. 369.

*****) Martens VI 367 ff. Bemerkenswerth ist, dass diese diplomatische Aktion nicht von den officiellen Vertretern Preussens (Haugwitz) und Russlands (Stackelberg und Krüdener), sondern von Hardenberg, der damals kein Portefeuille hatte, und Alopeus, der nicht russischer Gesandter war, geführt wurde.

bleiben. Jener Oubrilsche Friedensvertrag, der Preussen völlig isoliert und dem Willen Napoleons unterworfen hätte, wurde vom Kaiser Alexander verworfen.

Als dann die Ereignisse im Hochsommer des Jahres 1806 immer mehr zum Kriege mit Frankreich drängten, traten sich Preussen und Russland noch näher. Fr. Wilh. schickte Mitte September den General Krusemark nach Petersburg, um die Hilfe des Czaren zu gewinnen, der sich auch sofort zur Unterstützung Preussens bereit zeigte. Es war zu spät. Der Tag von Jena vernichtete das preussische Heer, das Russland unterstützen sollte. Aber Alexander entschloss sich auch jetzt, mit allen Mitteln Preussen zu unterstützen;*) in einer Reihe von Briefen bittet er Fr. Wilh., nicht zu verzweifeln und auf seine unwandelbare treue Freundschaft zu vertrauen. Doch stellte er zugleich in einem sehr bemerkenswerten Schreiben (vom 16. Nov.) die Forderung, dass der König Haugwitz und die Genossen seiner Politik entlassen sollte; anders könne er kein Vertrauen haben. Er drohte mit Entziehung seiner Hilfe, wenn der König seinen Wunsch nicht erfülle. Fr. Wilhelm ergriff mit Freuden die dargebotene Freundeshand, brach daraufhin die Unterhandlungen mit Nap. ab und entliess Haugwitz. Als dann der preussische Hof für einen gemeinsamen Friedenskongress aller beteiligten Mächte wirkte und zu dem Zweck wieder Krusemark an den Czaren sandte, erklärte sich dieser dagegen; nur der äusserste, rücksichtsloseste Widerstand könne die Lage bessern. Anfang des Jahres 1807 ermahnte Alex. in einem Briefe den König von neuem, den Krieg fortzusetzen und nicht den Mut zu verlieren; er hoffe, Oesterreich und England zum Beitritt bringen zu können, und dann seien die Aussichten sehr günstige. Vor allem aber komme es darauf an, dass Russland und Preussen in allen Dingen gemeinsam handeln, jeden Vorschlag, der ihnen gesondert gemacht würde, zurückweisen u. s. w. Der König antwortete am 17. Februar vollkommen zustimmend.

Russlands Kräfte waren leider durch seinen Konflikt mit der Pforte geteilt. Auch war die Stimmung im russischen Heere von vornherein keine verheissungsvolle. Die russischen Generale wollten nur die russische Grenze, nicht den bedrängten Nachbar verteidigen. Auf den Schneefeldern Polens und Ostpreussens kämpften die Russen an der Seite des preussischen Heeresrestes, demgemäss mit geringem Erfolge. Die Tage von Eylau belebten jedoch die Hoffnungen bei den preussischen und russischen Patrioten und ermutigten zu weiterem Ausharren.

Als der König seinem Freunde von dem Anerbieten Napoleons nach der Schlacht bei Eylau Mitteilung machte, beschwor Alex. den König in den lebhaftesten und stärksten Ausdrücken, nicht darauf einzugehn, auf seine Hilfe zu vertrauen und auf Oesterreichs und Englands Hilfe zu bauen.**)

In dieser schwierigen Lage entschied sich Friedr. Wilh. III. ohne Zögern für das russische System und den Widerstand gegen Frankreich. Doch sei gleich an dieser Stelle hervorgehoben, dass Russland es also war, welches Preussen durch alle Mittel der Ueberredung bewogen hat, im Vertrauen auf seine Hilfe den Kampf fortzusetzen, und dass dieselbe Macht dann später Preussen schmähhlich im Stich liess.

III. Preussen und Oesterreich.

Diejenige Macht, welche bei dem Kampfe zwischen Preussen und Frankreich das grösste Gewicht in die Wagschale hätte werfen können, war Oesterreich. Dass es der geschickten Politik

*) Am 28. Okt. wurde zu Grodno eine Militärconvention mit Preussen abgeschlossen, die hauptsächlich die Verpflegung der russischen Hilfsarmee auf preussischem Gebiet zum Gegenstand und rein militärisches Interesse hat

***) Schreiben Alex. vom 4. März 1807. Ranke III 330 ff.

Napoleons und der ungeschickten Politik Preussens gelungen war, diese Macht in ihrer Teilnahmlosigkeit zu erhalten, hat sehr viel zu dem kläglichen Ausgange beigetragen. Die Gründe für diese Haltung Oesterreichs waren verschiedener Art.

Oesterreich war vor allem durch das unwürdige passive Verhalten Preussens im Herbst 1805 gereizt, und wir können ihm aus dieser Stimmung keinen Vorwurf machen, wenn wir bedenken, wie Preussen seinen im Potsdamer Verträge übernommenen Verpflichtungen nachkam. Noch mehr aber war Oesterreich gereizt durch die deutschen Pläne Preussens im Sommer 1806. Nach der Stiftung des Rheinbundes und der Auflösung des deutschen Reiches beabsichtigte Preussen bekanntlich die Stiftung eines norddeutschen Bundes mit preussischer Spitze, der alle deutschen Staaten umfassen sollte, die nicht dem Rheinbunde angehörten, ja es dachte sogar eine Zeit lang an die Aufrichtung eines preussischen Kaisertums. Man hatte Oesterreich absichtlich über diese Pläne anfangs im Unklaren gelassen und die bezüglichen Verhandlungen mit den deutschen Mittel- und Kleinstaaten geheim zu halten gesucht. Erst unmittelbar vor Ausbruch des Krieges knüpfte man diesbezügliche Verhandlungen mit Oesterreich an. Der Wiener Hof war natürlich nicht gewillt, einem norddeutschen Bunde unter Preussens Führung, der die Wiederherstellung seines früheren Einflusses in Deutschland unmöglich gemacht hätte, Vorschub zu leisten, suchte vielmehr, ohne offenen Widerstand zu leisten, unter der Hand dem Anschluss der norddeutschen Staaten an Preussen entgegenzuwirken. Es war klar, dass ein Bündnis mit Oesterreich nur zu erreichen war, wenn Preussen auf die Aufrichtung eines norddeutschen Bundes verzichtete. Gerade aber, dass Frankreich diesen Bund nicht dulden wollte, war ja der eine Hauptgrund für die Kriegserklärung Preussens, und darum vermied Preussen es bis zum letzten Augenblick, Oesterreichs Mitwirkung im Kampfe anzurufen.

Als das Berliner Kabinet nun kurz vor Ausbruch des Krieges sich um Oesterreichs Unterstützung bemühte, musste es wohl oder übel den norddeutschen Bund fallen lassen.

Die Verhandlungen, die zu jenem Zwecke am 5. Okt. in Erfurt zwischen Gentz, als dem Vertreter Oesterreichs, und Haugwitz geführt wurden, brachten eine neue Idee zu Tage. Gentz und Haugwitz einigten sich in dem von dem ersteren vorgetragenen Gedanken, nach Verjagung der Franzosen aus Deutschland und nach Auflösung des Rheinbundes „Deutschland in zwei grosse, durch eine immerwährende Allianz vereinigte Conföderationen zu teilen, die eine unter die Protection Oesterreichs, die andere unter die Protection Preussens zu stellen.“*) Aber auch dazu wollte Oesterreich sich nicht verstehn; es kam weder in Hinsicht auf die Zukunft Deutschlands noch auf eine Allianz zu einer Einigung; Oesterreich entschied sich nicht, sondern wartete ab.

Neben dem Gegensatz der deutschen Interessen beider Mächte und dem alten Misstrauen Oesterreichs gegen Preussen war es der Umstand, dass Oesterreich die Niederlage des vorjährigen Krieges noch nicht verwunden hatte, der diese Macht zur Unentschiedenheit und Teilnahmlosigkeit veranlasste. Oesterreich beobachtete demgemäss eine „bewaffnete Neutralität“, schlug sogar die vom Berliner Kabinet zur Erleichterung der Kriegführung nachgesuchte Zulassung der freien Ausfuhr der Naturalien aus Böhmen in die preussischen und sächsischen Länder am 8. Oktober ab und erwies sich Nap. gefällig, indem man ihm nicht unwichtige Nachrichten über Preussen zukommen liess.

*) Gentz, Schriften herausgegeben v. Weick Bd. 4 S. 225. Schmidt, Preussens deutsche Politik 1867 S. 163 f. sieht in diesem Gentz'schen Gedanken den Ursprung des Art. V. des Bartensteiner Vertrages, der nur eine Entwicklung der Gentz'schen Idee sei. Aber der Unterschied ist doch zu gross. Gentz will eine Teilung Deutschlands, den Süden unter Oesterreichs, den Norden unter Preussens Führung, Hardenberg aber in Art. V hat einen Bund unter gemeinschaftlicher Hegemonie Oesterreichs und Preussens im Sinn. S. u. zu Art. V.

Auch als die Katastrophe über Preussen hereingebrochen war, und Preussen immer dringender um Oesterreichs Hilfe warb, that Oesterreich nichts. Man hatte in Wien einen neuen Grund für seine zuwartende Haltung gefunden in dem Kriege, den Alex., der Bundesgenosse Preussens, unglückseliger Weise gerade damals gegen die Pforte begonnen hatte, und der Oesterreich grosses Mistrauen gegen die russischen Absichten einflösste. Nap. unterliess nicht, den österreichischen Argwohn gegen Russland zu schüren und auf die angebliche Bedrohung der österreichischen Interessen auf der Balkanhalbinsel durch Russland hinzuweisen. Von Preussen befürchtete man Separatunterhandlungen mit Frankreich, und dass man dann, wenn man sich einlasse, die Gefahr auf sich allein ziehe.*) Obwohl Preussen und Russland alle Mittel anwandten, um Oesterreichs Mistrauen zu besiegen, Preussen sogar als Unterpfand für seine lauterer Absichten Oesterreich die Besetzung der schlesischen Festungen anbot, hielt der Wiener Hof an seiner Neutralität fest. Auch Russland gab bezüglich der Pforte vollkommen befriedigende Erklärungen ab — alles fruchtlos. Ebenso lehnte man aber auch alle Vorschläge Napoleons zu einem Bündnisse ab.***) So konnte denn die Kriegspartei, die im Volk und Heer starken Rückhalt hatte, gegen die Friedenspartei, deren Haupt der Erzherzog Carl war, nicht aufkommen. Auf die erneuten Vorstellungen nach der Schlacht bei Eylau antwortete Kaiser Franz nur: „Schlagen Sie die Franzosen noch zweimal, und ich erkläre mich.“ Doch wurden im Frühjahr 1807 die Rüstungen eifriger betrieben, und die Stimmung schien dem Kriege günstiger zu werden, die Hoffnungen der Verbündeten belebten sich. Anstatt jedoch sofort auf deren Seite zu treten, bot sich Oesterreich zunächst nur am 3. April den Mächten zur Vermittelung des Friedens an, beobachtete also eine ähnliche Haltung wie später im Jahre 1813. Der österreichische Vorschlag fand weder bei Nap. noch bei den Verbündeten rechten Anklang, doch wurde, da man Oesterreich nicht durch einfache Zurückweisung seines Anerbietens verletzen konnte, von Bartenstein aus am 27. April***) von dem russischen und preussischen Ministerium gemeinschaftlich auf den österreichischen Vorschlag geantwortet und angedeutet, dass man durch die Vermittelung nicht viel zu erreichen glaube. Gleichzeitig mit dieser Antwort kam aber auch schon die Aufforderung, den Bartensteiner Abmachungen beizutreten.

IV. Preussen und England.

Der dunkle Punkt in den Beziehungen zwischen England und Preussen war zu jener Zeit Hannover. Preussen schien bei der Lage seiner Besitzungen von selbst darauf angewiesen, nach dem Besitz Hannovers zu streben. Besonders Hardenberg hatte stets diesen Standpunkt vertreten. So hatte denn Preussen sich in einem geheimen Artikel der Potsdamer Konvention vom 3. Nov. 1805, durch welche Preussen sich der 3. Coalition anschliessen wollte, von Russland versprechen lassen, dass es den König von England zur Abtretung Hannovers an Preussen bestimmen werde. Die Schlacht bei Austerlitz änderte plötzlich das Bild: Graf Haugwitz schloss den berüchtigten Schönbrunner Vertrag mit Nap., dem der Pariser Vertrag vom 15. Februar 1806 folgte; infolge dieses Umschwungs nahm Preussen nunmehr von Frankreich anstatt von England das Kurfürstentum an.

Die Besitzergreifung von Hannover hatte natürlich den Bruch zwischen England und Preussen zur Folge, und die Feindseligkeiten, die sofort zur See eröffnet wurden, wurden von beiden Seiten mit dem grössten Nachdruck geführt.

*) Ranke III 326.

**) Beer, österreichische Politik 1801--1810. S. 269 ff.

***) Beer S. 284. Bassewitz, die Kurmark Brandenburg, giebt den 16. April an, desgl. Gardin, *histoire générale des traités de paix* X S. 207. Aber die Datierungen bei Bassewitz sind oft fehlerhaft, und der 16. April ist unmöglich, da die Monarchen und ihre Minister an diesem Tage noch garnicht in Bartenstein waren.

Als der kostspielige Kriegszustand beider Mächte noch ununterbrochen fort dauerte, traf in Berlin am 7. August 1806 plötzlich die Nachricht ein, Napoleon unterhandele mit England auf der Basis der Rückgabe Hannovers. Der englische Unterhändler, Lord Yarmouth, hatte in der Weinlaune dies Geheimnis dem preussischen Gesandten in Paris, Lucchesini, anvertraut.

Der Eindruck dieser Enthüllung in Berlin war unbeschreiblich; die Folgen sind bekannt: das preussische Ultimatum und die Kriegserklärung an Frankreich im Oktober. Diese Wendung der Dinge hatte sofort eine Annäherung zwischen Preussen und England zur Folge. Die preussischen Häfen wurden den englischen Schiffen wieder geöffnet, England gab die gekaperten preussischen Schiffe los, die diplomatischen Beziehungen wurden wieder aufgenommen. Eine vollständige Annäherung war freilich nur möglich, wenn Preussen auf Hannover verzichtete. Da Preussen dringend wünschen musste, mit England Frieden und Bündnis zu schliessen, sollte es also dasselbe Land an England zurückgeben, zu dessen Behauptung es die Waffen gegen Frankreich erhoben. Eine seltsame Verkettung der Umstände!

Preussen vermied es so lange als möglich, Hannover preiszugeben; erst als schon fast alles verloren war, kam es am 28. Januar in Memel zum Abschluss des Friedens, der Hannover an England zurückgab. Englands eigenes Interesse hätte es erfordert, Preussen nunmehr mit allen Mitteln, vor allem durch Subsidien, zu unterstützen, aber das englische Kabinet zeigte sich von einer Schwerfälligkeit, von einer Unfähigkeit, die Angelegenheiten auf dem Festlande zu beurteilen, dass es nicht einmal zu einem Subsidienvertrage kam.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass zum Teil die Träger der preussischen Politik selbst, in den entscheidenden Monaten vor allem also Zastrow, daran schuld waren. Man hatte die nötigen Schritte, um England zur thätigen Hilfe zu bewegen, nicht zeitig und kräftig genug gethan; Zastrow galt geradezu als Gegner Englands.

Auch der Streit zwischen der Foxischen und Pittischen Partei war der guten Sache hinderlich insofern, als dieser Streit fast alles Interesse der Engländer in Anspruch nahm.*)

In den deutschen Angelegenheiten liess sich England von dem hannöverschen Grafen Münster beraten, und dieser hegte als Welfe ein lebhaftes Misstrauen gegen die Politik Preussens, besonders gegen seine angeblichen Herrschaftsgelüste in Norddeutschland. Dieses Misstrauen des englischen Kabinetts zu besiegen, gelang auch den eifrigen Bemühungen des preussischen Gesandten v. Jakobi nicht — und so rückte die Angelegenheit des für den Ausgang des Kampfes so notwendigen Beitritts Englands zu den kriegführenden Mächten bis in den Sommer 1807 hinein nicht vom Fleck.

Wie dann der im März erfolgte Kabinettswechsel in England, durch welchen Lord Canning die Leitung der Geschäfte bekam, die Verhandlungen hinderte, werden wir weiter unten sehen.

V. Preussen und Schweden.

Die Verwickelungen zwischen Preussen und England hatten auch zu einem Konflikt mit Schweden geführt. König Gustav IV Adolf war ein unversöhnlicher Feind Napoleons und darum ein eifriger Freund Englands. Als Preussen nun gemäss dem Pariser Vertrage die welfischen Besitzungen in Norddeutschland besetzte, liess Gustav in Lauenburg eine kleine Truppenabteilung zurück und weigerte sich, sie zurückzuziehen. Es kam, als die Preussen einrückten, sogar zu einem kleinen Gefecht am 23. April 1806; die Schweden mussten weichen. Nunmehr erklärte Gustav an Preussen den Krieg und fing an, nach dem Beispiele Englands die preussischen Schiffe zu kapern und die preussischen Häfen in der Ostsee zu blokieren. Da Kaiser Alexander über

*) Ranke III 327.

die Verdrängung der Schweden sehr empfindlich war, und man auf ihn Rücksicht nehmen musste, unternahm man gegen Schweden weiter keine Schritte, obwohl es nahe gelegen hätte, die günstige Gelegenheit zur Besitzergreifung von Schwedisch-Pommern zu benutzen. Ein Armeekorps wurde zwar an der Grenze von Schwedisch-Pommern aufgestellt, aber auch gleichzeitig Unterhandlungen eingeleitet, die freilich bei der Halsstarrigkeit des Königs von Schweden zu keinem Ergebnis führten. So ruhten die Händel, der Kaiser von Russland erklärte, neutral bleiben zu wollen, Preussen griff die Schweden nicht an und zog seine Truppen aus Lauenburg. Dieser halbe Kriegszustand dauerte bis zum Frühjahr 1807, sehr zum Schaden Preussens. Schon Hardenberg tadelt es bitter,*) dass man nicht versucht hatte, beim Ausbruch des Krieges mit Frankreich sich „durch eine Verbindung mit Schweden den Rücken zu decken, eine Zuflucht im Unglücksfalle und eine garnicht zu verachtende Hilfe zu bereiten“. „Fürst Hohenlohe“, meint H. weiter, „und Blücher hätten gewiss nicht kapituliert, wenn sie sich hätten durch Schwedisch-Pommern ziehen können“.

Ebenso wie zu England verbesserten sich natürlich die Beziehungen zu Schweden im Laufe des Krieges, doch wurden sie ebenso wenig wie dort für den Krieg ausgenutzt, wie es doch eine umsichtige Politik erfordert hätte. Erst nachdem der König von Schweden die ersten Schritte zur Annäherung gethan hatte**), ging auch Friedr. W. III. einen Schritt entgegen, sandte den Major von Hünerbein an ihn ab und bat um Hilfe an Gewehren und Pulver, besonders aber um einige schwedische Kreuzer, um die Häfen von Colberg, Danzig und Pillan zu sichern. Mit der Sendung des Majors v. Hünerbein kreuzte sich die Sendung des Oberst v. Engelbrechten an Fr. Wilh., die dann zu den Bartensteiner Abmachungen zwischen Preussen und Schweden führte.***)

So stand also Preussen, dank der mangelhaften Leitung seiner auswärtigen Politik, um Ostern 1807 mit keiner der anderen Napoleon feindlichen Mächte ausser Russland im Bunde, und auch dem Bunde mit Russland fehlte die sichere Grundlage eines dauerhaften Einverständnisses über gemeinsames Handeln in Gegenwart und Zukunft. Das war wohl der verhängnisvollste Fehler der preussischen Staatskunst, dass sie das Bedürfnis des Augenblicks nicht rechtzeitig erkannt und demgemäss alle Hindernisse weggeräumt hatte, die einer Vereinigung der übrigen Feinde Nap.'s mit ihm im Wege standen. Als die Frühlingsstürme den Winter in Ostpreussen aus dem Felde schlugen, siegte in der Umgebung des Königs endlich die bessere Einsicht, und ein vollständiger Umschwung trat ein. Wesentlich dazu beigetragen hat die Persönlichkeit Alexanders, der von jeher einen grossen Einfluss auf seinen Freund Friedrich Wilhelm III. ausgeübt hatte; die Hoffnungen, die die Patrioten in Preussen auf seine Ankunft bei seinem Verbündeten und auf dem Kriegsschauplatze setzten, waren hochgespannt und wohlberechtigt.

Am 2. April kam Alexander in Memel an. Es fiel auf, dass er von der Umgebung des Königs besonders Hardenberg auszeichnete und gleich am ersten Tage über zwei Stunden mit ihm conferierte, während er Zastrow kalt behandelte. Der erste bedeutungsvolle Schritt, den der Kaiser, gleichzeitig in Erfüllung eines Wunsches des englischen Hofes, that, war die Bitte an den König, Hardenberg die Geschäfte wieder zu übertragen. Die Veränderung, die infolgedessen damals im April 1807 in der Leitung der auswärtigen Politik nicht nur, sondern auch in der

*) Ranke III 152, 330.

**) Ranke III 330.

***) S. unten S. 17.

ganzen Organisation der innern Regierung eintrat, ist von weittragender Bedeutung geworden und sei deshalb hier in Kürze berührt. Die altgewohnte Kabinettsregierung, bei welcher Männer, wie die Kabinettsräte Beyme und Lombard den entscheidenden Einfluss hatten, hatte längst alles Vertrauen bei den auswärtigen Höfen und beim eigenen Volke verloren. Man betrachtete sie, zum grossen Teil mit Recht, als die Quelle alles Ungemachs. Stein drang bekanntlich auf Abschaffung derselben und wollte in keinem Ministerium bleiben, so lange die allgemein verhassten Kabinettsräte nicht entfernt wären, was zu der ungnädigen Entlassung Steins im Januar 1807 führte, da der König sich nicht von Beyme trennen wollte. Monatelang kam dann die Angelegenheit der obersten Staatsverwaltung nicht aus verschiedenartigen Uebergangsstadien heraus, bis jetzt, Anfang April, Hardenberg den Befehl bekam, den König ins Hauptquartier Alexanders zu begleiten. Ein Kabinettsrat war nicht mitgenommen, und der König scheint die Abwesenheit derselben wenig empfunden zu haben. Hardenberg hatte über alle Angelegenheiten Vortrag, jedoch ohne dass Zastrow von den Geschäften entbunden war. In diesen Tagen gewann Hardenberg immer mehr das Vertrauen des Königs; zugleich stellte es sich heraus, dass die Verwaltung der auswärtigen Angelegenheiten nicht gut von der Verwaltung der auf den Krieg bezughabenden Dinge getrennt werden könne. Daher übertrug der König nun zu Bartenstein ausser dem auswärtigen Departement auch die Leitung aller auf den Krieg bezughabenden Geschäfte, die eigentlichen Militärsachen ausgenommen, an Hardenberg, und gleichzeitig erhielt Zastrow seine Entlassung. Die Königliche Kabinettsordre*) an das Staatsministerium, die diese Veränderung anordnet, ist datiert Bartenstein d. 26. April 1807. Es ist kein Zufall, dass sie dasselbe Datum trägt, wie der Bartensteiner Vertrag; der innere Zusammenhang beider Ereignisse liegt auf der Hand. Schon Ranke hat darauf hingewiesen, wie „unendlich wichtig gerade „deshab jene Tage in Bartenstein sind, in denen auf eine allgemeine Restauration der grossen „politischen Verhältnisse Bedacht genommen, zugleich aber, ohne dass man viel davon gesprochen „hätte, ein erster Minister aufgestellt wurde. In den Besitz der höchsten Autorität unmittelbar „unter dem König trat ein Mann ein, der für die inneren Zustände keineswegs nur eine Restauration, „sondern eine durchgreifende Umbildung im Sinne hatte“.**)

Als sich am 4. April die Majestäten nach Kydullen in Neu-Ostpreussen begaben, um hier die ankommenden russischen Verstärkungen zu mustern,***) nahm der König Hardenberg mit, während Zastrow, gekränkt über die Zurücksetzung durch Alexander, in Memel blieb.****) Dort in Kydullen begann Hardenberg, gestützt durch das unbegrenzte Vertrauen Alexanders, der Politik der Verbündeten eine neue, grosse Richtung zu geben, indem er die Bildung einer Koalition anstrebte, die durch den Beitritt Oesterreichs, Englands, Schwedens, vielleicht sogar Dänemarks, fast das ganze unbesiegte Europa umfassen sollte. Er legte seine Gedanken darüber in einer

*) Ranke III 387.

***) Ranke IV 110.

****) Hier fiel das berühmte Wort Alexanders, das er mit thränendem Auge zum Könige sprach: „Nicht wahr, Keiner von uns beiden fällt allein; entweder Beide zusammen oder Keiner von uns Beiden.“ Schlöden S. 103.

*****) An dieser Stelle sei eine irrtümliche Angabe bei Martens, Recueil T. VI. S. 407 berichtigt. M. giebt an, dass Zastrow damals Hardenberg zum Duell herausgefordert habe. Das ist aber durch nichts beglaubigt. In Hardenbergs Denkwürdigkeiten findet sich kein Wort davon. Die von Martens angeführte Depesche Krüdeners vom 28. Febr. (11. März) kann hiervon unmöglich etwas enthalten, da die erwähnte Wendung in der Stellung Z.'s und H.'s zum Könige erst Anfang April eintrat. Dagegen lesen wir bei Bassewitz, die Kurmark Brandenburg I 381, dass Zastrow in jenen Tagen geäussert haben solle, „er werde wegen des unwürdigen Benehmens des v. Hardenberg gegen ihn sich genötigt sehen, ein Paar Kugeln mit demselben zu wechseln.“ Doch blieb es bei dieser lediglich der verletzten Eitelkeit Z.'s entsprungenen Absicht. Der Irrtum bei M. mag daraus entstanden sein.

Denkschrift nieder, die er in Kydullen ausarbeitete und zuerst dem Könige, dann dem Kaiser überreichte. Da diese Denkschrift Hardenbergs gleichsam das Programm für die zunächst einzuschlagende Richtung seiner Politik bildet, speciell die Grundgedanken derjenigen grossen diplomatischen Aktion enthält, die in dem Bartensteiner Vertrage ihren Ausdruck fand, sei dieselbe hier wiedergegeben.*) In der Uebersetzung lautet dieselbe wie folgt:

„Folgendes erscheint mir im gegenwärtigen Augenblick als das Wichtigste:

1. Ohne Zeitverlust alle Anstrengungen zu vereinigen, und im Einverständnis mit einander alle Mittel anzuwenden, um Oesterreich zur Teilnahme am Kriege zu bewegen, und um die Entschliessungen und Hilfeleistungen Englands und Schwedens zu beschleunigen. Man wird dahin nur gelangen, indem man jedes Misstrauen beseitigt, indem man die erstgenannte Macht über den Argwohn beruhigt, welchen die französische Partei ihr in bezug auf die Absichten einflösst, welche man Russland gegen die Pforte andichtet, indem man alles entfernt, was an eine andere Absicht glauben lassen kann, als an diejenige des allgemeinen Wohls und des Handelns für die gemeinsame Sache, indem man ihr die Ueberzeugung von unserer Beharrlichkeit und unserm guten Willen giebt, indem man alles entfernt, was daran zweifeln lassen könnte. (Hier hat Kaiser A. 5 Ausrufungszeichen gesetzt).

Wäre nichts von Dänemark zu hoffen, wenn Russland, England und Preussen sich zu Schritten vereinigten, die geeignet wären, es zum Handeln zu veranlassen?

2. Ein militairisches Einverständnis herzustellen, welches nicht nur die Operationen der russischen und preussischen Streitkräfte und die Mittel zu bestimmen hätte, um die letzteren in dem Masse zu verstärken, als man wieder in den Besitz der vom Feinde besetzten Provinzen gelangt, sondern besonders mit England und Schweden in bezug auf ihre Mitwirkung, und mit Oesterreich, wenn es gelingt, dieses zur Thätigkeit zu bringen.
3. Ein politischer Plan zu genauer Bestimmung des Ziels, das man erreichen will. Dieser scheint mir unumgänglich notwendig, weniger um die Kriegsoperationen besser zu leiten, als um die einzigen Grundlagen festzustellen und kennen zu lernen, auf denen man unterhandeln könnte, um überall die gleiche Haltung und die gleiche Sprache festzuhalten, und das Vertrauen unter den Verbündeten zu festigen, — denn ohne einen solchen Plan wird der eine immer den andern im Verdacht haben, dass er nur seine eigenen Interessen verfolge, Oesterreich z. B. in bezug auf die Pforte und auf die Absichten Preussens in Deutschland, — um den Grundsatz, dass keiner der Verbündeten seine Sache von der der andern trennen wird, besser auf Aufrichtigkeit und gegenseitiges Vertrauen zu stützen, endlich um zu verhindern, dass einer der Verbündeten den andern dazu fortreisst, den Krieg weiter fortzuführen, als das allgemeine Interesse erfordert.

Soweit das letztere es erlaubt, muss dieser politische Plan die Sonderinteressen der verbündeten Mächte begünstigen, doch so, dass daraus das allgemeine Wohl hervorgeht und eine Gewalt entsteht, die imstande ist, derjenigen Bonapartes die Wage zu halten und die Unabhängigkeit Europas zu wahren.

Die Gegenwart Sr. Maj. des Kaisers aller Reussen erleichtert die Aufstellung eines solchen Planes zwischen Russland und Preussen; diese beiden Mächte müssen die Initiative ergreifen. Wir kennen zur Genüge die Interessen Oesterreichs und Englands, um sie zum Anschluss an den Plan veranlassen und ihnen denselben vorschlagen zu können; Lord Hutchinson**) hat

*) In franz. Text bei Ranke III S. 341. **) Der englische Gesandte beim preussischen Hofe.

ohne Zweifel genügend ausgedehnte Instruktionen, um wenigstens seine Meinung zu äussern. Man müsste ihn zu Rate ziehn.

Sodann thut Eile not, die festen Abmachungen, sowohl über das militairische Einvernehmen, als über den Zweck des Krieges, so schnell wie möglich durch erfahrene, dorthin zu sendende Offiziere nach London und Wien gelangen zu lassen.

Die vier Mächte müssen sich als die Vormünder Europas betrachten, weil es unmöglich sein würde, alle interessierten Teile zu Rate zu ziehn oder ihre Zustimmung abzuwarten, ohne alles scheitern zu sehn. Sie müssen in ihre Absichten und ihr Einverständnis alles hineinziehn, was einen dauernden Stand der Dinge und die zukünftige Sicherheit der Besitzungen, die so sehr ersehnte Ruhe sichern kann. Die Achtung der Eigentumsrechte, die Entschädigung derjenigen, die verloren haben, müssen als Grundsatz aufgestellt, aber der Notwendigkeit untergeordnet werden, ein Gebäude zu errichten, das nicht erschüttert werden und Gefahr laufen kann, durch den ersten Krieg umgestürzt zu werden, den Bonaparte aus Ehrgeiz wieder anfangen wollte. Demgemäss werden die Entschädigungen, die sonst gerecht wären, eben nicht ganz erreicht werden können. Man muss sich also bestimmt entscheiden über das, was man billigerweise für erreichbar halten wird, z. B. in bezug auf den König von Neapel und Sardinien, auf die Häuser Bourbon und Oranien. Aus dem Grunde kann auch die deutsche Verfassung nicht so wiederhergestellt werden, wie sie war, das wäre die unklügste der Massregeln und eine neue Quelle des Unglücks. Notwendig ist ein starker und in erster Linie der französischen Macht gegenüber widerstandsfähiger Bund. Oesterreich und Preussen müssen an seiner Spitze stehn; diese Mächte müssen innig miteinander verbunden sein; jeder Gegenstand der Eifersucht ist zu entfernen; der Bund muss unter die Bürgschaft Russlands und Englands gestellt werden. Von der Unabhängigkeit Deutschlands hängt diejenige Europas ab. Aber sie kann nicht bestehen mit getheilten Interessen, mit Aussichten, die durch eine grosse Zahl kleiner Höfe vermindert sind. Die Selbständigkeit muss für diese, was das Recht des Krieges und des Friedens betrifft, verschwinden und nur den beiden Häuptern und dem ganzen Bunde gehören. Man muss auf die Eigentumsrechte, den Rang, das Ansehn der deutschen Fürsten Rücksicht nehmen, die Zahl ihrer Truppen festsetzen und ihnen die Verfügung über diese für die innere Polizei lassen; aber man muss sie zur Verfügung Oesterreichs und Preussens stellen für die gemeinsame Verteidigung, und diesen beiden Mächten das Recht geben, sowohl über das Vorhandensein als über die Zusammensetzung dieser Truppen, sowie über die Aufbringung und die Verwendung der zu ihrem Unterhalt notwendigen Mittel zu wachen.

Es ist unmöglich, dass Preussen dem geringsten Stoss von seiten Frankreichs widersteht, wenn man es nicht stärker macht, weniger durch Gebietserweiterungen, als durch bessere Abrundung und eine bessere Gränze. Wenn man das neue Königthum Sachsen nach Polen verpflanzen könnte, würde man mehrere ausserordentlich nützliche Ziele erreichen. Alle diese Gedanken sind nur ein sehr unvollkommener Entwurf; aber ich könnte sie vollständiger ausführen, wenn man sie einiger Aufmerksamkeit wert halten sollte. —

Kydullen, den 7. April. Hardenberg.“

Ueber die wichtigsten und grundlegenden Punkte dieser Denkschrift wurde in einer Konferenz, die am 10. April von den beiden Monarchen mit Hardenberg abgehalten wurde, ein

Einverständnis erzielt.)* Von hoher Bedeutung war der von Hardenberg durchgesetzte Beschluss der Monarchen, sich zur Armee zu begeben. Hardenberg sagt:**) „Da es zur Beschleunigung aller zweckmässigen Massregeln durchaus nötig war, dass wir uns bis dahin, dass alles festgesetzt sein würde (d. h. bis zum Abschluss des Vertrages) bei der Armee befänden, so schlug ich vor, dahin zu gehn, welches auch beschlossen wurde.“ Hardenbergs Absicht dabei war jedenfalls die, durch die Anwesenheit der Monarchen die Thätigkeit Bennigsens anzuregen und ihn endlich zu energischer Aufnahme der kriegerischen Operationen zu veranlassen. Zweitens musste die Anwesenheit der Monarchen beim Heere auf die Höfe von Wien und London — und darauf kam alles an — einen besseren Eindruck machen und grösseres Vertrauen in den Ernst der Absichten der Verbündeten hervorrufen; zu den russischen Generalen hatte man eben kein rechtes Vertrauen.

Die Monarchen verliessen also am 14. April Kydullen, mussten aber sehr langsam reisen, weil sie in dem fetten litauischen Boden bei dem beginnenden Frühlingsthauwetter oft stecken blieben. Am 16. abends waren sie in Schippenbeil, welches zuerst zu ihrem Aufenthalt bestimmt war. Am 17. begaben sie sich nach Bartenstein, dem Hauptquartier Bennigsens, kehrten aber abends wieder zurück nach Schippenbeil. Hardenberg kam erst am 17. in Schippenbeil an, hatte aber die Zeit seiner Reise nicht unbenutzt gelassen, denn er hatte unterwegs, nach den in Kydullen verabredeten Grundlagen, unsere Konvention entworfen. Der Entwurf wurde vom Könige sowohl als vom Kaiser, der nur einige unbedeutende Ausdrücke geändert hatte, schon am 18. in Schippenbeil genehmigt. An demselben Tage war der russische Minister des Auswärtigen, Baron Budberg, erschienen, und damit kamen die Geschäfte in regen Fluss. Am Abend des 18. noch verlegten die Monarchen, natürlich auch ihre Minister, ihren Aufenthalt nach Bartenstein.

Der erste Gegenstand der Beratungen in Bartenstein war ein Vertrag über die Teilnahme Schwedens am Kriege gegen Frankreich. Schon in Schippenbeil war der Oberst und Generaladjutant des Königs von Schweden, Herr von Engelbrechten, mit einem Schreiben seines Königs angekommen, in dem dieser sich erbot, mit preussischer Unterstützung von seinen deutschen Staaten, also Rügen und Vorpommern aus, die Stellung der Franzosen im Rücken anzugreifen. Mit diesem Bevollmächtigten des Königs von Schweden wurde hier von Hardenberg in Gegenwart Bennigsens und von Budbergs — gemäss den Grundsätzen des Bartensteiner Vertrages Art. 1. — am 20. April im Sinne jenes Briefes eine Konvention vollzogen,***) nach welcher dem König von Schweden

*) Die von Hardenberg aufgezeichneten Resultate der Konferenz Ranke III S. 347—8.

**) A. a. O. S. 348. H. irrt sich wohl, wenn er den bezüglichen Beschluss erst in Kydullen zur Reife kommen lässt. Die Abreise der Monarchen zur Armee muss vielmehr schon in Memel bald nach der Ankunft Alexanders beschlossen sein. In den mir gütigst zur Verfügung gestellten, die Kriegereignisse von 1807 betreffenden Acten des Magistrats zu Bartenstein findet sich ein Originalschreiben der „Königl. Preuss. zur Verpflegung der Kaiserl. Russ. Truppen immediat ernannten Militär- und Civil-Kommission“ vom 3. April, in dem es heisst: „Da aller Wahrscheinlichkeit nach Anfangs nächster Woche Se. Maj. der Kaiser von Russland und Se. Maj. der König von Preussen allhier eintreffen werden, so wird ein königl. Magistrat hierselbst hierdurch angewiesen, Angesichts dieser Verfügung solche Massregeln zu treffen, dass die Strassen hiesiger Stadt von Eis und Koth gänzlich gereinigt werden.“ In einer Verfügung ähnlichen Inhalts von der Ostpr. Kriegs- u. Domainen-Kammer, datiert Königsherg d. 5. April 1807, heisst es: „Da innerhalb drei Tagen die Ankunft Sr. Maj. des russischen Kaisers in Bartenstein zu erwarten steht“ — Die Abreise nach B. verzögerte sich dann jedoch bis zum 14. April, weil man auf die Ankunft des Lord Hutchinson wartete, von dessen gutem Willen für die geplante Aktion viel abhing. Aber Hutchinson kam nicht. Er war in Verzweiflung über die Veränderungen im englischen Ministerium und wusste nicht, was er thun sollte. S. Schladens Tagebuch S. 174.

***) Garden X 413.

für seine Operationen ein Korps preussischer Truppen, dessen Kommando der General v. Blücher bekam, versprochen wurde. Die nicht geringen Hoffnungen, die man auf dieses Bartensteiner Bündnis zwischen Schweden und Preussen setzte, verwirklichten sich nicht. Die Schweden wurden nach anfänglichen Erfolgen an der Peene geschlagen und zum Rückzug nach Stralsund genötigt. Darauf wurde ein Waffenstillstand geschlossen, den der König gerade in dem ungünstigsten Augenblick aufkündigte, als nämlich Bennigsen bei Friedland geschlagen war und die Russen die gemeinsame Sache aufgaben.

Es mag gleich an dieser Stelle erwähnt werden, dass Preussen durch die Verhältnisse später gezwungen wurde, die am 20. April in Bartenstein geschlossene Konvention mit Schweden aufzuheben. Man darf diesen Rücktritt Preussens aber keineswegs mit dem Rücktritt Russlands von dem Bartensteiner Vertrag mit Preussen vergleichen. Preussen war, von Russland im Stich gelassen, in der That nicht mehr im Stande, seinen in jenem Vertrage übernommenen Verpflichtungen nachzukommen, was man von Russland keineswegs sagen kann. Auch in der Form, in der Preussen von dem Vertrage zurücktrat, trat eine ganz andere Vertragstreue, eine ganz andere Achtung vor Verträgen zu Tage, als sie die Russen gegen Preussen merken liessen. Man bat den schwedischen Gesandten, — es war in den letzten Tagen des Juni — nach Picktupönen an den preussischen Hof zu kommen, überzeugte ihn hier davon, dass man gezwungen sei, vom Vertrage zurückzutreten, und der König schrieb noch einen Brief an den König von Schweden und setzte ihm die Gründe für seine Handlungsweise auseinander.*)

Ich kehre zu der Angelegenheit des preussisch-russischen Bündnisses zurück. Wohl noch am 19. April, am Tage nach der Ankunft in Bartenstein, war Hardenberg mit dem russischen Minister von Budberg über den Vertrag ins Reine gekommen, denn am 20. überreichte er ihm im Auftrage des Königs den Schwarzen Adlerorden und noch an demselben Tage unterrichtete er den preussischen Gesandten in Wien von dem Inhalt des Vertrages und empfahl ihm aufs allerdringendste, auf den Beitritt Oesterreichs zu demselben hinzuarbeiten.

Der definitive Abschluss und die Unterzeichnung des Vertrages verzögerte sich aber dennoch um fast eine Woche -- in so kritischer Lage eine lange Zeit -- weil der mit grösstem Verlangen stündlich erwartete englische Gesandte, Lord Hutchinson, nicht in Bartenstein eintraf. Hardenberg spricht von „strafbarer Nachlässigkeit und Langsamkeit“, und meint, er habe, unzufrieden mit der damals eingetretenen Veränderung im Ministerium, durch welche der später so berühmte Canning an die Spitze der Geschäfte getreten war, allen Eifer für die Sache verloren. Lord Hutchinson traf erst am 26. in Bartenstein ein.**)

*) Ranke III S. 497.

**) Besonders schlecht zu sprechen auf diesen allerdings etwas spleenhaften Engländer, der von der Schuld nicht freizusprechen ist, dass die erhoffte Teilnahme Englands zu spät kam, ist Schladen. Er erzählt (S. 184), dass H., „als er endlich auf der Reise von Memel nach dem Hauptquartier Bartenstein war, auf der Nehrung geblieben ist, weil er dort einen zerrissenen Damm gefunden hat, obgleich alle andern Reisenden ihr Gepäck zurückliessen und sich auf Kähnen nach Königsberg begaben; denn mit der ihm eigenen englischen Hartnäckigkeit hat er erklärt, er wolle seine Reise erst nach wiederhergestellter Brücke fortsetzen. Mir scheint dies jedoch nur ein Vorwand, um in einiger Entfernung Zeit zu gewinnen, da er bei der Unwissenheit, in der er über die Grundsätze seines Ministeriums schwebt, nichts auf sich nehmen will. . . . S. 190 heisst es: „Lord Hutchinson, den mehrere Aufforderungen des Monarchen nicht bewegen konnten, sich ins Hauptquartier zu verfügen, ist nun durch seinen Bruder abgeholt worden und hat endlich Königsberg verlassen. Es ist die höchste Zeit, dass dieser lächerliche Mensch ersetzt werde.“

An diesem Tage wurde die Konvention vollzogen, und am 28. die Ratifikationen ausgetauscht. *)

Der Bartensteiner Bündnisvertrag zwischen Russland und Preussen vom 26/14 April 1807. **)

Se. Majestät der König von Preussen und Se. Majestät der Kaiser aller Reussen, in gleichem Masse von dem lebhaften Wunsche beseelt, den Augenblick zu beschleunigen, wo der Krieg, in dem sie sich mit Frankreich und seinen Verbündeten befinden, durch einen allgemeinen und dauerhaften Frieden beendet werden kann, haben es in Folge des Bündnisses und der innigen Beziehungen, die in so glücklicher Weise zwischen Ihnen bestehen, für notwendig gehalten, sich über die geeignetsten Mittel zu verständigen, um dieses segensreiche Ziel zu erreichen.

Zu diesem Zwecke haben Ihre Majestäten zu Ihren Bevollmächtigten ernannt:

Se. Majestät der König von Preussen den Herrn Karl August Freiherrn von Hardenberg, Seinen Staats- und Kabinetminister, Ritter Seiner Orden und derjenigen von Russland, und Se. Majestät der Kaiser aller Reussen den Herrn Andreas Freiherrn von Budberg, General der Infanterie, Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Mitglied des Staatsrats, Senator, Ritter des St. Alexander Newskyordens, des St. Annenordens I. Kl., des St. Georgsordens IV. Kl., des Schwarzen Adlerordens, des roten Adlerordens und des Seraphinenordens; dieselben sind nach Auswechslung ihrer bezügl. Vollmachten über folgende Artikel übereingekommen:

Artikel I.

Ueberzeugt, dass es, um sich die Wohlthaten eines gerechten und dauerhaften Friedens zu sichern, unumgänglich notwendig ist, den Krieg aufs nachdrücklichste fortzusetzen, verpflichten sich Ihre Majestäten, alle ihre Kräfte dazu einzusetzen, Sich nicht zu trennen und die Waffen nur im Einverständnis mit einander niederzulegen. Man wird sich über die militärischen Operationen verständigen, um sie wirksam zu machen, und sich gegenseitig ohne Vorbehalt und mit demjenigen Freimut und Vertrauen, welches der innigen Freundschaft der beiden Hohen Verbündeten entspricht, alles mitteilen, was Ihre gemeinsamen Interessen betrifft. Die Unterhandlungen, welche letztere notwendig machen werden ***) , besonders alle diejenigen, welche mit dem

*) Ranke III 441. Hardenberg erwähnt, dass bei der Konvention zu Bartenstein wieder die gewöhnlichen grossen Geschenke gegeben wurden. H. erhielt vom Kaiser eine mit Brillanten besetzte reiche Dose und 4000 Dukaten, der Geh. Kriegsrath Lecoq, der als Sekretär gebraucht worden war, 1000 Dukaten und einen Ring, die Kanzlei 1000 Dukaten. Doch bat H. den König um die Erlaubnis, seine 4000 Dukaten auf den Altar des Vaterlandes niederlegen zu dürfen, und so wurden sie dazu angewendet, dem General v. Budberg das ihm gebührende Geschenk zu geben.

**) Der Vertrag ist im vollständigen Wortlaut veröffentlicht bei Gardin, *histoire générale des traités de paix*, Bd. X 405 (Koch und Schöll IX) im französischen Text, und bei Martens, *Recueil des traités et conventions, conclus par la Russie avec les puissances étrangères*. VI p. 405 in französischem und russischem Text. In deutscher Sprache ist er bisher nicht veröffentlicht. Obige Uebersetzung schliesst sich enge an den Martens'schen Text (aus den Acten des russischen Ministeriums des Auswärtigen) an. Der Vertrag war anfänglich streng geheim gehalten. Zuerst wurde er erwähnt in der Antwort Cannings auf die Mitteilung, die Alopäus, der russ. Gesandte in London, ihm vom Tilsiter Frieden und von dem Anerbieten einer russischen Friedensvermittlung machte, und die von der französischen Regierung im *Moniteur* vom 15. Dezbr. veröffentlicht wurde, sodann in einer Depesche desselben Ministers vom 27. Septbr. 1807 an Lord Gower, den englischen Gesandten in Petersburg, welche Canning 1808 dem Parlament vorlegte. S. Gardin X p. 196 ff.

***) *rendront* (Martens) *rendent* (Gardin.)

Feinde stattfinden könnten, werden gleichfalls nach Verständigung und in gleichem Sinne geführt werden.

Artikel II.

Der Menschheit die Wohlthaten eines allgemeinen und dauerhaften Friedens wiederzugeben, welcher auf Grund eines Besitzstandes geschlossen ist, der jeder Macht endlich gesichert und unter die Bürgschaft aller Mächte gestellt ist, — das ist der Zweck des Krieges. Vollkommen uneigennützig haben die Hohen Vertragschliessenden keinen anderen Zweck. Sie kämpfen weder zum Zweck der Erniedrigung Frankreichs, noch um sich in seine Regierung oder inneren Angelegenheiten einzumischen; aber sie können nicht mit ruhigem Blick die immer fortschreitende Vergrösserung einer Macht auf Kosten der andern ansehen, deren Vernichtung sie durch Zerstörung allen Gleichgewichts herbeizuführen droht.

Nicht Eroberungen haben Ihre Majestäten im Auge, sondern das allgemeine Wohl, die Ruhe und die Sicherheit aller Staaten.

Diese Resultate können nur durch Verhältnisse erreicht werden, die durchaus wohl geregelt sind durch Billigkeit, Gerechtigkeit und Mässigung. Gemäss diesen Grundsätzen ist es unumgänglich, die französische Regierung durch alle geeignetsten Mittel dahin zu bringen, dass sie in angemessene Grenzen zurücktritt und diese für die Folge achtet. Es ist ferner unumgänglich, die Unabhängigkeit der andern Mächte zu sichern und sie in eine Machtstellung zu versetzen und darin zu erhalten, die sie fähig macht, dieselbe aufrecht zu erhalten, und endlich soviel als möglich diejenigen Mächte zu entschädigen, die Verluste erlitten haben.

Artikel III.

Uneigennützigkeit, Achtung der Eigentumsrechte und Mässigung werden die fundamentalen Grundsätze sein, von welchen die Hohen Verbündeten in allen Anordnungen, die sie herbeizuführen versuchen, und in den Friedensbedingungen, auf welche sie bestehen werden, ausgehen werden. Diese Neugestaltungen werden nur der absoluten Notwendigkeit entsprechen, ein Gebäude zu errichten, das nicht erschüttert werden und beim ersten Umsturzversuch zusammenzubrechen Gefahr laufen kann. Sie werden in gleicher Weise der Gerechtigkeit entsprechen, welche verlangt, dass wenigstens soweit als möglich diejenigen entschädigt werden, die ihrer Besitzungen ganz beraubt worden sind. Die Veränderungen im gegenwärtigen Stand der Dinge, die zu diesem Zweck unabweisbar sind, werden nur bewerkstelligt werden durch Abtretungen oder Austauschungen, welche man vom Feinde und seinen Verbündeten fordern wird, oder durch Austausch mit beiderseitiger Einwilligung.

Artikel IV.

Se. kaiserl. Maj. aller Reussen wird, entsprechend den vorerwähnten Grundsätzen und seiner Freundschaft für Se. Maj. den König von Preussen, alle Anstrengungen machen, genannte Majestät dabei zu unterstützen, sich wieder in den Besitz seiner gegenwärtig vom gemeinsamen Feinde besetzten Staaten zu setzen, und Sie die seit dem Jahre 1805 verlorenen Provinzen wiedererlangen oder ein Aequivalent dafür erhalten zu lassen. Da Preussen das dringendste Bedürfnis einer Abrundung hat, die ihm den Vorteil einer besseren militairischen Grenze bietet, sowohl zu seiner eigenen, als zu Deutschlands und seiner Nachbarn Verteidigung, verspricht und verpflichtet sich Se. kaiserl. Maj. aller Reussen, sich nach besten Kräften dafür beim Friedensschlusse zu verwenden.

Artikel V.

Da die Unabhängigkeit Deutschlands eine der wesentlichsten Grundlagen der Unabhängigkeit Europas ist, ist es von der höchsten Wichtigkeit, dieselbe wohl zu sichern und um so sorgfältiger auf dahin zielende Mittel zu sinnen, als sie unendlich schwierig sind, seitdem Frankreich den Rhein und die Angriffspunkte an diesem Flusse beherrscht. Man kann weder*) den Rheinbund unter dem Einfluss oder vielmehr unter der Oberherrschaft Frankreichs bestehen lassen, noch zugeben, dass französische Truppen weiterhin Deutschland besetzen. Die alte Verfassung**) wieder aufzurichten zu wollen, wäre ein gefährlicher Irrtum, weil diese Verfassung, von jeher zu schwach, dem geringsten Stoss zu widerstehen, einem solchen von neuem unterliegen würde.

Die Hohen vertragschliessenden***) Parteien werden daher mit allem, was von Ihnen abhängen wird, dazu beitragen, in Deutschland einen verfassungsmässigen Bund herzustellen, und denselben durch eine gute Militairgrenze und eine dem Rhein parallel laufende Verteidigungslinie zu sichern. In der Ueberzeugung von dem grossen Interesse, welches Oesterreich in dieser Hinsicht mit Ihnen teilt, wird man sich vor allen Dingen mit dieser Macht darüber verständigen. Man wird sich besonders angelegen sein lassen, jeden Gegenstand der Eifersucht zwischen Oesterreich und Preussen endgiltig zu beseitigen, die Bande einer dauernden und innigen Vereinigung zwischen ihnen herzustellen, und in einem ihren gegenseitigen Interessen am meisten entsprechenden Sinne Grundsätze zu vereinbaren, nach welchen diese beiden in Deutschland vorherrschenden Mächte, jede in den vereinbarten Grenzen, die Leitung des Bundes zur gemeinsamen Verteidigung werden ausüben müssen. Dieser Bund würde insonderheit durch Russland, England und Schweden sicher gestellt werden.****)

Artikel VI.

Eine andere wesentliche Bedingung für die Unabhängigkeit Deutschlands und Europas ist die Sicherheit und Stärke Oesterreichs selbst. Die Hohen vertragschliessenden Parteien schmeicheln sich mit dem Gedanken, dass diese Macht, von denselben Grundsätzen ausgehend wie Sie, und im Verständnis ihrer wahren Interessen, so schnell als möglich ihre Kräfte mit den Ihrigen vereinigen wird, um den oben näher ausgeführten Zweck zu erreichen, was ohne ihre Mitwirkung eben nicht möglich wäre.

Man wird sie von neuem und gemeinschaftlich dazu einladen, indem man ihr den gegenwärtigen Vertrag mitteilt und ihr den Beitritt vorschlägt. Im Falle dieses Beitritts werden Se. Maj. der König von Preussen und Se. Maj. der Kaiser aller Reussen mit allen Ihren Mitteln dazu beitragen, Oesterreich dasjenige wiedergewinnen und hinzuerwerben zu lassen, was zur Sicherung und Befestigung seiner Macht notwendig ist, wie z. B. Tirol, die Minciogrenze mit der Pomündung*****) u. s. w., und werden sich ohne Verzug mit ihm über diesen Gegenstand und seine besonderen Wünsche verständigen:

Artikel VII.

Dieselbe Mitteilung und Einladung wird dem Londoner Hof zugestellt werden, der ohne Zweifel das grösste Interesse hat, die Herrschaft, welche Frankreich auf dem ganzen Kontinent

*) ni (Martens) fehlt bei Garden.

**) germanique (Garden) fehlt bei Martens.

***) Contractantes fehlt bei Garden.

****) Dieser letzte Satz fehlt bei Garden. Der Herausgeber sagt nur, die vertragschliessenden Mächte hätten ihn noch nicht zur Veröffentlichung ermächtigt. Unter der Herrschaft des deutschen Bundes wollte man wohl nicht durch die Erinnerung an diese früheren Versprechungen den Ansprüchen der Mächte einen neuen Schein des Rechts geben.

*****) La Polésine (Martens), le Polésino (Garden).

anstrebt, zu verhindern, und die Unabhängigkeit Deutschlands und seines Handels insbesondere aufrecht zu erhalten. Man wird alle möglichen Beweisgründe anwenden, um diese Macht zu bewegen, ohne Verzug dem dringenden Bedürfnis nach Subsidiën, Waffen und Munition zu Hülfe zu kommen und um sie zu zweckmässigen Diversionen im Rücken der französischen Armeen zu veranlassen.

Man wird sich mit England über die militairischen Operationen und seine Absichten verständigen, und wird dazu beitragen, den Besitzungen Seiner Britishen Majestät in Deutschland gleichfalls sowohl eine stärkere Stellung als eine Machtvergrösserung zu verschaffen, und wird in Hinsicht darauf ausser dem Beitritt zu dem in Art. V erwähnten Bunde ein dauerndes Defensivbündnis mit Preussen vorschlagen, sowie geeignete Massregeln, um diesem in allen Fällen die schnellsten und nachdrücklichsten Wirkungen zu sichern.

Artikel VIII.

Se. Maj. der König von Schweden wird gleichfalls aufgefordert werden, den getroffenen Uebereinkünften beizutreten. Man wird ihm dieselben freimütigen und vollständigen Mitteilungen machen und sich mit genannter Majestät über seine Mitwirkung, über seine Vorteile, die ihm im Falle des Erfolges zugestehen wären,*) und über seinen Beitritt zum Deutschen Bunde auf demselben Fusse wie England verständigen. Man wird ihm gleichfalls ein dauerndes Defensivbündnis mit Preussen in Bezug auf die deutschen Staaten Sr. Majestät vorschlagen.

Artikel IX.

Die Hohen vertragschliessenden Parteien werden sich ferner untereinander und mit Oesterreich, England und Schweden im Falle des Beitritts dieser Mächte über die Massregeln verständigen, welche man ergreifen könnte, um in gleicher Weise den Hof von Dänemark zum Anschluss an die Festsetzungen des vorliegenden Vertrages zu veranlassen.

Artikel X.

Man wird sich angelegen sein lassen, dem Prinzen von Oranien und Nassau seine Verluste, die er in Deutschland durch den Krieg erlitten, ersetzen zu lassen, und für ihn Entschädigungen zu erlangen, welche ihm kraft eines Vertrages, dessen Ausführung Frankreich verhindert hat, in Holland zukommen, wenn nicht gar grosse Erfolge die Wiedereinsetzung dieses Fürsten in die Statthalterschaft der Vereinigten Provinzen ermöglichen.

Artikel XI.

In betreff Italiens wird man die Meinung und die Wünsche Oesterreichs und Englands hören, ehe man irgend welche Bestimmungen trifft. Einstweilen stellt man vorläufig als Grundsatz auf, dass man versuchen wird, zu Gunsten Ihrer Majestäten der Könige von Sardinien und von Neapel soviel zu erhalten, als die Umstände zulassen werden, und dass man in jedem Falle auf der Trennung der Krone Italiens von derjenigen Frankreichs bestehen wird.

Artikel XII.

Die Unabhängigkeit und Unverletztheit der Ottomanischen Pforte wird auch weiterhin einer der wesentlichsten Gegenstände der Sorge für die Hohen vertragschliessenden Parteien sein. Sie werden nicht dulden, dass ihr der geringste Abbruch gethan wird.

Artikel XIII.

Se. Maj. der König von Preussen und Se. Maj. der Kaiser aller Reussen verpflichten sich, während der Dauer des Krieges keine Eroberungen auf dem Festlande für Ihre eigene Rechnung

*) seraient (Martens), seront (Garden).

zu machen. Die militairischen Operationen werden niemals von Sonderabsichten geleitet werden, sondern einzig und allein von dem Plane, das grosse Ziel zu erreichen, dass der Feind zu einem allgemeinen und dauerhaften Frieden nach den oben ausgesprochenen Grundsätzen gezwungen wird. Man wird diejenigen Mächte, welche diesem Vertrage beitreten, verpflichten, sich derselben Vorschrift anzupassen. Erst im Frieden wird man sich über die Verwendung der Eroberungen verständigen, welche man vom Feinde und seinen Verbündeten gemacht haben wird, und bei aller Rücksicht auf das Einzelinteresse der gegen Frankreich verbündeten Mächte wird man es indessen immer dem allgemeinen Wohl und dem in Art. II angegebenen Ziele unterordnen.

Artikel XIV.

Wenn wider alles Erwarten Oesterreich und England oder eine dieser beiden Mächte sich weigern sollte, zu diesem Ziele mitzuwirken und Ihre Kräfte mit denjenigen Sr. Maj. des Königs von Preussen, Sr. Maj. des Kaisers aller Reussen und Sr. Maj. des Königs von Schweden zu vereinigen, so behalten die Hohen vertragschliessenden Parteien, da sie sich dann zu Ihrem grossen Bedauern nicht schmeicheln können, das Ziel im ganzen zu erreichen, sich vor, sich weiterhin unter einander und mit Sr. schwedischen Majestät über die Massnahmen zu verständigen, die Ihnen, je nach den Umständen, für Ihre eigne Sicherheit zu ergreifen übrig bleiben würden.*)

Artikel XV.

Die Verpflichtung, die Waffen nur in Gemeinschaft niederzulegen und bis zum Ende des Krieges gemeinschaftliche Sache zu machen, wird zwischen den Hohen vertragschliessenden Mächten und denjenigen, welche diesem Vertrage beitreten werden, gegenseitig bestehen. Ebenso wird es mit den Mitteilungen sein, die man sich über alles zu machen hat, was das gemeinsame Interesse betrifft, und mit den Unterhandlungen bezüglich des Friedens, sowie mit dem Einverständnis, das über die militairischen Operationen herzustellen ist.

Artikel XVI.

Um die notwendigen Beziehungen zwischen den Obergeneralen der Armeen und der politischen Leitung zu unterhalten, wird man ihnen Korrespondenz-Büreaus begeben, die von seiten jeder verbündeten Macht aus bewährten und unterrichteten Offizieren zusammengesetzt sind, um ohne Unterbrechung ein vollkommenes Einverständnis und die notwendige Einigkeit in den Operationen aufrecht zu erhalten und besser die Richtungen festzusetzen, in welchen die Generale die ihrem Oberbefehl anvertrauten Heere zu leiten haben werden.

Artikel XVII.

Vorliegender Vertrag wird durch die beiden Hohen vertragschliessenden Parteien bestätigt werden, und die Bestätigungsurkunden oder diejenige andere Urkunde, die an deren Stelle tritt, werden in möglichst kurzer Frist ausgetauscht werden. Dessen zu Urkund**)) etc.

So geschehen zu Bartenstein, d. 26. April 1807.

(L. S.) C. Freiherr v. Hardenberg.

(L. S.) Andreas von Budberg.

*) resteraient (Martens), resteront (Garden).

**)) Garden: Dessen zu Urkund haben die bezügl. Bevollmächtigten zwei vollständig gleiche, eigenhändig unterzeichnete Exemplare davon anfertigen lassen und ihre Wappensiegel heruntergesetzt.

Aus einem genaueren Studium des obigen Vertrages ergibt sich seine hohe Bedeutung für den Augenblick sowie für die Folgezeit. Der kühne Flug der Gedanken, der prophetische Blick in die Zukunft, die Vorzeichnung der Bahnen für die künftige Politik Preussens, für die Befreiung Europas und für die Neugestaltung Deutschlands — lassen den Vertrag als eines der genialsten Werke preussischer Staatskunst erscheinen. Nur ein Fehler haftet ihm an und hat ihn so bald zu einer Illusion gemacht — das ist das allzu hoffnungsvolle Vertrauen auf die Treue und auf die Stärke des Verbündeten sowie auf die Einsicht und die Entschlossenheit der befreundeten Mächte.

Der Hauptzweck des Vertrages — das geht aus dem Vertrage selbst, seiner Entstehung und der ganzen Situation klar hervor — war nicht die Befestigung des preussisch-russischen Bündnisses oder die Festsetzung der Gesichtspunkte, nach denen im Falle des Sieges der Verbündeten der Zustand Europas geregelt werden sollte, sondern die Bildung einer grossen Coalition, die durch den Beitritt Englands und Oesterreichs, sowie Schwedens und Dänemarks stark genug sein sollte, Frankreich in angemessene Grenzen, d. h. über den Rhein, zurückzuwerfen und Europa Frieden und Sicherheit vor neuen Angriffen wiederzugeben. Preussen that damit dasjenige, was es vor Ausbruch des Krieges hätte thun müssen, Hardenberg suchte die unverantwortlichen Fehler seiner Vorgänger gut zu machen. Das grösste Hindernis nun, das vor allen Dingen dem Anschluss Oesterreichs und Englands im Wege stand, war das — nach der Haltung Preussens in den letzten 11 Jahren nach dem Baseler Frieden allerdings erklärliche — Misstrauen dieser Mächte in die Festigkeit Preussens, die Furcht, dass Preussen wieder bei sich darbietender Gelegenheit die gemeinsame Sache aufgeben und einen Separatfrieden schliessen könnte.*) Auch Alexanders Verhalten nach der Schlacht bei Austerlitz war noch nicht vergessen.

Ebenso gross als das Misstrauen der Mächte in die Festigkeit Russlands und Preussens, in ihre Entschlossenheit zum Ausharren, war ihr Misstrauen in bezug auf die Absichten und Ziele, die Preussen und Russland im Falle ihres Sieges erreichen wollten. Auch darüber galt es die Mächte vollständig zu beruhigen. Drittens aber brachte man auch der gesamten Kriegführung der Verbündeten, ihrer Heeresleitung, wie der Kriegstüchtigkeit und Stärke ihrer Armeen, ihren Aussichten auf kriegerische Erfolge ein, wie sich später herausgestellt hat, nicht unberechtigtes Misstrauen entgegen.

Dem ersten Punkte, der Beseitigung des Mistrauens in die Festigkeit der Verbündeten, dient der I. Artikel des Vertrages. Der Zweck des Krieges, die Ziele, die man durch ihn erreichen will, die Umriss der Neugestaltung, die man in den politischen Zuständen Europas nach Besiegung Frankreichs vornehmen will, bilden den Inhalt der Artikel II.—VIII., X.—XIII. Artikel XVI. bezweckt die Herbeiführung besserer und einheitlicher, den politischen Zielen entsprechender Heeresleitung, die übrigen enthalten einzelne Sonderbestimmungen. Es ergibt sich daraus, dass der Schwerpunkt des Vertrages in der Feststellung des Planes für das zukünftige, von Napoleon befreite Europa liegt. Hardenberg führt allen beteiligten Mächten ein im Vergleich zu der trostlosen Lage des Augenblicks möglichst verlockendes Zukunftsbild vor, um ihre Teilnahme zu gewinnen, nicht etwa in der Absicht, sie zu täuschen, sondern ehrlich bestrebt, ein Gebilde herzustellen, das den Interessen aller Mächte nach Möglichkeit gerecht wird. Nur in zwei Punkten,

*) Noch unter dem 25. April berichtet Schladen in seinem Tagebuch (S. 187), der preuss. Gesandte in England, v. Jacobi, melde in seinen Berichten, „England habe die ernste Absicht, eine Diversion zu machen. Der neue Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herr Canning, schein sehr entschlossen, kräftige Massregeln zu ergreifen; man wolle aber bis jetzt sich zu keinen Subsidien entscheiden. Das wäre aber nur ein Rest von Misstrauen, welches durch die Sendung des General Bertrand neue Nahrung erhalten habe, und das man durch offene und vertrauensvolle Erklärungen besiegen werde.“

der Neugestaltung Deutschlands und derjenigen Preussens hat er, wie wir sehen werden, seine wahren Absichten nicht ganz enthüllt.

In folgendem soll es versucht werden, einige Erläuterungen und kritische Bemerkungen zu den Festsetzungen des Vertrages zu geben.

Zu Artikel I. An die Spitze ist die Erklärung des Entschlusses gestellt, „den Krieg aufs nachdrücklichste fortzusetzen,“ „alle Kräfte einzusetzen, sich nicht zu trennen und die Waffen nur im Einverständnis mit einander niederzulegen.“ Dass gerade alles dieses unausgeführt blieb, hat zu dem traurigen Ende von Tilsit geführt. Die Bestimmung über gegenseitige Verständigung und Mitteilung über alle militairischen Operationen und etwaige Unterhandlungen mit dem Feinde sollte den Argwohn beseitigen, der durch die bisherige Kriegführung und durch die schwankende Haltung des Preussischen Cabinets bei den Charlottenburger Verhandlungen und der Sendung Bertrands hervorgerufen war. Art. XV. dehnt die letzteren Verpflichtungen auf die dem Vertrage beitretenden Mächte aus.

Zu Artikel II. Die Betonung der vollkommenen Uneigennützigkeit, die Versicherung, dass man nicht Eroberungen, nicht die Erniedrigung Frankreichs, noch eine Einmischung in seine innere Angelegenheiten im Sinne habe, sollte dem Einwande begegnen, dass die Verbündeten im Falle eines Sieges ehrgeizige Pläne verfolgen oder in der Bekämpfung Frankreichs über das Ziel hinauschiessen könnten. Welches die „angemessenen Grenzen“ Frankreichs sein sollen, wird hier nicht gesagt. Aus Art. V. geht jedoch hervor, dass man die Rheingrenze für notwendig hielt, und aus Art. XI., dass man in jedem Falle auf der Trennung der Krone Italiens von derjenigen Frankreichs bestehen wollte. Das wären also etwa die natürlichen Grenzen Frankreichs nach damaliger Auffassung gewesen.

In den Grundsätzen, „soweit als möglich diejenigen Mächte zu entschädigen, die Verluste erlitten haben,“ und einen Besitzstand herzustellen, „der jeder Macht endlich gesichert und unter die Bürgschaft aller Mächte gestellt ist“ erkennen wir dieselben Ideen, die später in den Wiener Verträgen zur Geltung kamen.

Art. III. ist im wesentlichen nur eine Umschreibung der Gedanken des vorigen; es ist der Gedanke der Legitimität, der „Achtung der Eigentumsrechte“, der auch hier an die Wiener Verträge erinnert.

Zu Art. IV. Mit diesem Artikel wird dazu übergegangen, die in den vorhergehenden Artikeln ausgesprochenen Grundsätze im Hinblick auf die einzelnen Mächte in praktische Vorschläge umzusetzen. Da Russland keine Verluste erlitten, also auch keine Entschädigung beanspruchen konnte und im übrigen die Rolle des „vollkommen Uneigennütigen“ spielte, wird mit den Vorschlägen für die Zukunft Preussens begonnen. Eine genauere Betrachtung dieses Artikels lässt uns einen interessanten Einblick in die Stimmung der Vertragschliessenden thun. Die Ansprüche Preussens sind auffallend unbestimmt ausgedrückt. Preussen soll wieder „in den Besitz seiner gegenwärtig vom gemeinsamen Feinde besetzten Staaten gelangen“ und „die seit 1805 verlorenen Provinzen wiedererlangen oder ein Aequivalent dafür erhalten.“ Unter den letzteren sind natürlich vor allem die polnischen Provinzen und Hannover zu verstehen. Worin das Aequivalent bestehen sollte, wird wohlweislich verschwiegen, um nach keiner Seite hin Anstoss zu erregen; es wird nur ganz allgemein von einer Abrundung und einer besseren militairischen Grenze gesprochen. Wir wissen aber aus der Kyduller Denkschrift, welches Aequivalent Hardenberg im Auge hatte: es war Sachsen. Etwas zaghaft spricht er dort am Schluss den Gedanken aus: „Wenn man das neue Königthum Sachsen nach Polen verpflanzen könnte, würde man mehrere

ausserordentlich nützliche Ziele erreichen.“ Es war zu erwarten, dass bei offener Aussprache dieser Absicht Preussens auf Oesterreichs Zustimmung nicht zu rechnen war. Daher liess man diesen Punkt offen und verhüllte die wahre Absicht durch unbestimmte Wendungen. Wenn Oesterreich später an dem Vertrage allerlei auszusetzen hatte, wird gerade dieser Punkt bei dem alten Neide Oesterreichs gegen Preussens Macht eine grosse Rolle gespielt haben. Also auch hier sehen wir bereits den grossen Conflict der Wiener Verhandlungen über die sächsische Frage am Horizont erscheinen.

Zu Art. V. Dieser Art. ist der wichtigste und interessanteste des ganzen Vertrages; er behandelt die zukünftige Neugestaltung Deutschlands. Der deutsche Bund von 1815 taucht aus der Tiefe auf, freilich noch in anderer Form, als er später zur Wahrheit wurde.

Nachdem die Wiederaufrichtung des alten Reichs als ein „gefährlicher Irrtum“ bezeichnet ist, wird die Aufrichtung eines verfassungsmässigen Bundes mit guter Militairgrenze und einer Verteidigungslinie am Rhein in Aussicht genommen. Auch dieser Artikel ist indes weniger interessant durch das, was er enthält, als durch das, was er nicht enthält. Anstatt über die Natur des geplanten Bundes irgend welche genaueren Bestimmungen zu äussern, fühlt man nur das Bedürfnis, die gemeinsamen Interessen Oesterreichs und Preussens in dieser Hinsicht und die Notwendigkeit zu betonen, jeden Gegenstand der Eifersucht zwischen ihnen zu beseitigen. Nur den einen, den fundamentalsten Grundsatz für die Neugestaltung Deutschlands glaubt Hardenberg nicht unterdrücken zu dürfen, dass nämlich „diese beiden in D. vorherrschenden Mächte, jede in den vereinbarten Grenzen, die Leitung des Bundes zur gemeinsamen Verteidigung werden ausüben müssen“. So begegnet uns hier zum ersten Male das Prinzip des preussisch-österreichischen Dualismus, das von nun an die vornehmsten preussischen Politiker beherrschte, das aber auf dem Wiener Congress bekanntlich dem Metternichschen System unterlag. Ein ähnlicher Gedanke war schon, wie oben S. 10 erwähnt, von Gentz ausgesprochen, „Deutschland in zwei grosse, durch eine immerwährende Allianz vereinigte Konföderationen zu teilen, die eine unter die Protektion Oesterreichs, die andere unter die Protektion Preussens zu stellen“, ein Gedanke, für den später auch Stein sich erwärmte. Aber der wesentlich davon verschiedene, übrigens wohl ebenso unglückliche Plan eines einzigen, das gesamte Deutschland umfassenden Bundes mit doppelter Spitze entstammt dem Haupte Hardenbergs und taucht hier zum ersten Mal auf. — Aus der Kyduller Denkschrift wissen wir, dass H. den Plan dieses deutschen Bundes bereits näher ausgeführt hatte, dass er im Interesse einer grösseren Einheit und einer stärkeren Centralgewalt die Selbständigkeit der Kleinstaaten stark beschränken und diese in militairischer und finanzieller Hinsicht unter die Aufsicht der beiden Vormächte stellen wollte. Eine Erwähnung dieser Absicht hätte nicht nur bei Oesterreich, sondern auch bei England, Schweden und Dänemark, die alle eifersüchtig auf die Wahrung der Souverainetät ihrer deutschen Besitzungen bedacht waren, Anstoss erregen müssen, und darum unterblieb sie.*) Wie rücksichtsvoll Hardenberg dieser Stimmung der Mächte entgegenkam, geht aus dem Schlusssatz dieses Artikels hervor, nach welchem der Bund unter die Garantie „insonderheit Russlands, Englands und Schwedens“ gestellt werden sollte. In der Denkschrift hatte H. nur von Russland und England gesprochen. Die unheilvolle Bestimmung der Wiener Schlussakte war also hier schon vorbereitet.

Zu Art. VI. Die Entschädigung, die Oesterreich als Preis für seine Mitwirkung angeboten wurde, beschränkt sich auf das, was es im Pressburger Frieden verloren hatte, doch wurde ein Eingehen auf besondere Wünsche versprochen.

*) S. Ranke IV S. 76.

Zu Art. VII. Hier fällt das Versprechen auf, dahin zu wirken, dass die englischen Besitzungen in Deutschland sowohl eine stärkere Stellung als auch eine Machtvergrößerung erhalten — ein Zugeständnis an die Begehrlichkeit der ländergierigen Handelsmacht. Das Angebot eines Defensivbündnisses mit Preussen sollte die Besorgnis des englischen Hofes um die zukünftige Sicherheit dieser Besitzungen beseitigen und enthält implicite die Zusicherung Preussens, nicht wieder auf seine alten Absichten einer Erwerbung Hannovers zurückkommen zu wollen.*)

Zu Art. X. Welche kühnen Hoffnungen man auf die geplante Aktion setzte, geht am meisten aus den Schlussworten dieses Artikels hervor. Man dachte also an die Möglichkeit, die französische Macht nicht nur über den Rhein zurückzuwerfen, sondern ihr sogar Holland zu entreissen.

Zu Art. XIV. Der Artikel enthält die Drohung, dass die Verbündeten, (zu denen auch Schweden wegen seines Bündnisses mit Preussen gerechnet wird, obwohl es dem Bartensteiner Verträge später nicht beitrug), wenn wider alles Erwarten Oesterreich und England sich nicht anschliessen sollten, ohne Rücksicht auf diese Mächte Friedensunterhandlungen beginnen würden. Hardenberg selbst bezeichnet das als Zweck dieses Artikels.**)

Nachdem am 26. April der Vertrag unterzeichnet, und am 28. die Ratifikationen ausgewechselt waren, ging Hardenberg sofort ans Werk, um dem Verträge schleunigst Wirkung zu verschaffen. Obwohl nun zunächst die Pläne für die militairischen Operationen der verbündeten Armeen ausgearbeitet werden mussten, ehe die offizielle Einladung zum Beitritt an die Mächte ergehen konnte, sorgte H. dafür, dass die Konvention schon am 30. durch Lord Hutchinson an das englische Ministerium abgesandt wurde; gleichzeitig teilte er sie dem pr. Gesandten in London, v. Jacobi, mit und trug letzterem auf, so schnell als möglich einen besonderen Allianz- und Subsidienvortrag zwischen Pr. und Engl. abzuschliessen.

Es erwies sich indessen als überaus schwierig, mit den militairischen Plänen zu stande zu kommen. Nach Hardenberg lag es daran, dass sich zu viele Köpfe damit beschäftigten, dass aber nicht einer da war, „der mit der gehörigen Einsicht die Macht zu entscheiden verbunden hätte“***). Weder der König noch der Kaiser war dazu militairisch genug gebildet. Dass Bennigsen kein geistvoller Feldherr war, hat der Feldzug von 1807 gelehrt. Ihm sowohl, wie den Generalen v. Steinbeil und Phull, welche von russ. Seite bei den Beratungen erschienen, waren grosse, kühne strategische Ideen fremd. Von preussischer Seite waren Gen.-Lt. v. Rüchel, Oberst v. Scharnhorst und Oberst v. Knesebeck bei den Beratungen beteiligt. Der halbe Monat Mai ging damit hin; Kaiser Al. war voll regen Eifers, aber Bennigsen setzte den Plänen eine Art passiven Widerstandes entgegen; ohne sie zu bestreiten, war er doch entschlossen, sie nicht zu befolgen, und beschwerte sich darüber, dass man ihm nicht freie Hand lasse****). Nachdem die Beratungen endlich abgeschlossen waren, -- wir übergehen die vereinbarten Pläne -- gingen Oberst v. Krusemark als preussischer, Oberst v. Engelmann als russischer Bevollmächtigter nach London, Oberst v. Knesebeck und Oberst v. Thuill nach Wien, Major v. Chazot, nach Schweden, um neben der offiziellen Einladung die entworfenen Pläne zu überbringen und zu erläutern.

Somit waren die Vorbereitungen zu dem grossen Unternehmen vollendet; in politischer Hinsicht war alles dazu geschehen, was im Augenblick geschehen konnte; alles lag nun an der Ent-

*) Mit diesem Artikel lässt sich unmöglich die Ansicht Onckens (Oesterreich und Preussen im Befreiungskriege. Bd. II S. 157) in Einklang bringen, dass Hardenberg in Artikel IV (nicht VIII, wie es dort heisst) der auf die Entschädigung bez. Abrundung Preussens bezug hat, an die Weserlinie und trotz der Konvention vom 28. Januar an irgend einen Tausch mit Hannover gedacht habe.

***) Ranke III S. 383.

****) Ranke III S. 349.

*****) Ranke III 361.

scheidung Oesterreichs und Englands. Daher verliessen die Monarchen bald nach der Feststellung der militairischen Pläne, am 20. Mai, Bartenstein und begaben sich zum l'Estocqschen Corps, das sie besichtigten. Von hier wandte sich Fr. W. III. nach Königsberg, Alexander nach Tilsit, wohin ihm der König folgen wollte.

Der Kaiser soll vor seiner Abreise Bennigsen nachdrücklich eingeschärft haben, kräftig zu handeln und strenge Mannszucht zu halten.*) Letzteres war nun allerdings das zweite Haupterfordernis zum Gelingen des Ganzen. Es wäre nötig gewesen, dass die militairische Leitung, also vor allem Bennigsen mit derselben Energie an seinem Teile gearbeitet hätte, wie Hardenberg es in seinem Ressort that. Leider nahmen aber die Operationen trotz der Anwesenheit der Monarchen keinen solchen Fortgang, wie es dem kühnen Fluge der Hardenbergschen Politik, den schönen stolzen Entschlüssen, „den Krieg aufs nachdrücklichste“ „mit allen Anstrengungen“ u. s. w. zu führen, entsprochen hätte. Dass Bennigsen nichts that, wenigstens nichts Genügendes und Rechtzeitiges, um das in politischer, militairischer und finanzieller Hinsicht so wichtige Danzig zu entsetzen, war wohl der schlimmste Fehler. Am 27. Mai fiel Danzig, wenn auch unter ehrenvoller Kapitulation, — seit einem halben Jahre der grösste Erfolg Napoleons.

Entsprachen überhaupt jenen stolzen Worten des Vertrages die thatsächlichen Verhältnisse, die Hilfsmittel und Streitkräfte, die nötig waren, um jenen Worten die That folgen zu lassen? Die Antwort auf diese Frage kann nicht zweifelhaft sein. Die Zahl der preussischen Truppen war zu gering, um erheblich ins Gewicht fallen zu können. Der Zustand der russischen Armee war aber ein trostloser, das Transport- und Verpflegungswesen lag ganz im argen, und von Disciplin scheint keine Rede mehr gewesen zu sein.***) Die Geldnot Preussens und noch mehr Russlands war ebenfalls eine Quelle steter Sorge. Das Schlimmste aber war doch die mangelhafte, unentschlossene, zögernde, jedes Vertrauens auf die eigene Kraft, jeder Siegeszuversicht bare Kriegführung Bennigsens.

Darin lag eben das Unwahre, das Unhaltbare der durch den Bart. Vertr. geschaffenen Situation, in diesem Zwiespalt zwischen den Hoffnungen und Entwürfen und den Mitteln und Fähigkeiten, jene durchzuführen, und wer nach den Gründen des Scheiterns aller Bartensteiner Hoffnungen forscht, wird in dem je länger um so stärker hervortretenden Mangel an Kriegstüchtigkeit bei der Bennigsenschen Armee einen der wesentlichsten Gründe finden. Dazu kommt, dass die erwähnten Mängel den fremden Mächten nicht unbekannt waren und auf ihre schwankende, zögernde Haltung sicherlich nicht geringen Einfluss ausgeübt haben. Wir wissen wenigstens, dass nicht nur Lord Hutchinson, sondern selbst der nach Engl. gesandte Oberst v. Krusemarck von der Untauglichkeit der russischen Armee überzeugt war und aus dieser Ueberzeugung auch kein Hehl gemacht hat.***)

Dennoch war die Mutlosigkeit, die bei vielen Platz gegriffen hatte, unberechtigt, die Gesamtlage keineswegs eine verzweifelte, und die Möglichkeit, die Bartensteiner Pläne, wenn nicht ganz, so doch teilweise zu verwirklichen, nicht ausgeschlossen, — wenn die Coalition nur bald zu stande kam und thätig eingriff.

*) Ranke III 385.

***) S. die lebhaften Schilderungen Hardenbergs (Ranke III 373 ff.) Wenn er aber S. 370 sagt: „Es bleibt eine ewige Schande, dass die grosse, schöne russisch-preussische Armee seit der Schlacht bei Pr. Eylau fast vier Monate ganz unthätig und unbeweglich dastand . . .“ so ist das einer seiner vielfachen, ihm oft und mit Recht vorgeworfenen Widersprüche. S. auch Schladen, S. 207, 209, 212, 238, 239 u. s. w.

***) Ranke III S. 365 f. Schladen S. 217.

Betrachten wir also die Aufnahme des Bart. Vertr. seitens der zum Beitritt aufgeforderten Mächte.*)

Es mag hier gleich vorangestellt werden, dass keine einzige der drei eingeladenen Mächte sich entschliessen konnte, dem Vertrage beizutreten. Während Schweden den Beitritt einfach ablehnte, verzögerten England und Oesterreich ihre Entscheidung so lange, bis durch die Niederlage von Friedland und den Rücktritt Russlands durch den Vertrag ein dicker Strich gemacht war.

Was zunächst Schweden anbetrifft, so hatte man in Bart. an dem Beitritt Gustavs IV. zu der Konvention gar nicht gezweifelt. Der Vertrag zwischen Schweden u. Preussen vom 20. April war am 6. Mai ratificiert und wurde prompt ausgeführt. Blücher schiffte sich auf schwedischen Schiffen mit seinem Corps in Pillau ein und landete in Stralsund, um hier mit den Schweden vereint die Operationen zu beginnen. Nichtsdestoweniger erklärte der König in einem Schreiben an Fried. Wilh. III. vom 2. Juni**) seine Teilnahme am Bart. Vert. für „überflüssig, wenigstens für den gegenwärtigen Augenblick.“ Wenn Gustav IV. als Grund für seine Ablehnung angiebt, dass sich der Vertrag „auf Gegenstände beziehe, welche unseren gegenwärtigen Anstrengungen und Sorgen vollkommen fremd sind,“ so ist wohl anzunehmen, dass er unter diesen Gegenständen vornehmlich Hardenbergs Pläne für die Neugestaltung Deutschlands verstand, für die er kein Interesse hatte, und dass er für die Stellung seiner deutschen Besitzungen in dem geplanten Bunde Befürchtungen hegte. Er hält die Abmachungen vom 20. April für „genügend, um die erforderliche Uebereinstimmung der Gefühle und der militairischen Operationen herzustellen.“ Noch sonderbarer als diese Motivierung ist ein Passus in demselben Briefe, aus dem vor allem das hervorgeht, dass der König selbst sich mit Gedanken beschäftigte, die über die Ziele des Bart. Vert. weit hinausgingen und den Sorgen des Augenblicks noch weit fremder waren als jene. Er sagt: „Um dieses Ziel (die Wiederherstellung der allgemeinen Ordnung und Unabhängigkeit) zu erreichen, muss man nach meiner Ansicht die gerechte Sache des Hauses Bourbon zur seinigen machen, indem man sich offen für sie erklärt und die Grundsätze und Rechte, auf welchen das Bestehen aller rechtmässigen Herrschaften und ihrer Unterthanen beruht, nicht aus dem Auge verliert.“ Wer damals im Ernst an die Wiederherstellung der Bourbonen dachte, hatte jedenfalls kein Recht, die Ziele des Bart. Vertr. als zu fernliegende zu bezeichnen. Der eigentliche Beweggrund für die ablehnende Haltung des Königs scheint aber die russenfeindliche Stimmung gewesen zu sein, die den König und eine grosse Partei in Schweden beherrschte.***) Immerhin hätte die Coalition wenn sie nur zu stande gekommen wäre, bei dem tödtlichen Hasse des schwedischen Königs gegen Nap. auf dessen thatkräftige Mitwirkung rechnen können. Er schloss am 17. Juni einen Vertrag mit England, dem am 23. ein Subsidienvvertrag mit derselben Macht folgte, und erbot sich am 18. Juni in einem Brief an Friedr. Wilh., einen Versuch zum Entsatz Kolbergs zu machen; da nötigte der Tilsiter Friede den König von Preussen, Blücher zurückzurufen, England rief ebenfalls seine schon gelandeten Truppen zurück, und die Franzosen eroberten Stralsund und Rügen. Welches Unglück dann durch den starren Eigensinn des Königs über das Land kam, ist bekannt. —

Auch England hat den erhofften Anschluss nicht vollzogen.****) Zwar war das neue Ministerium Canning entschlossener und kriegslustiger als das alte; auch hat es nicht nur wieder-

*) Leider sehen wir in dieser Frage noch keineswegs klar genug, da das urkundliche Material, Berichte und Denkschriften der Gesandten und Unterhändler noch zum grössten Teil unveröffentlicht in den Archiven ruht.

**) Garden X S. 268 ff.

***) S. Ranke III S. 356.

****) Der in verschiedenen Darstellungen sich findende Irrtum, dass England sich dem Vertrage angeschlossen habe, (s. o. S 3) scheint aus Garden zu stammen, wo X S. 206 zu lesen ist: „Gr. Britannien beeilte sich, dem Bart. Vertr. beizutreten.“

holt „gute Zusicherungen für die Verbündeten“ gegeben,*) sondern auch seine guten Absichten später zum Teil wenigstens ausgeführt, aber unserm Vertrage hat es nicht zugestimmt. Die Gründe dafür waren verschiedener Natur. Zunächst war wohl das alte englische Misstrauen gegen preussische Machtgelüste noch nicht überwunden und durch Hardenbergs neue Pläne (Art. IV und V d. Vert.) trotz seiner loyalen Versicherungen bezüglich der englischer Besitzungen in Deutschland (Art. VII) wieder rege geworden. Das geht wenigstens aus einer Depesche des russischen Gesandten in London, Alopeus, vom 17. Mai hervor, die wir bei Martens mitgeteilt finden**). Alop. hatte darauf gedrungen, dass Engl. sich dem Vertrage anschliesse. Canning habe ihm nun erklärt, dass der König von Engl. Kenntnis gehabt habe von dem Plane Hardenbergs, einen dem Rheinbund ähnlichen Bund der norddeutschen Fürsten und Staaten zu bilden. Der König von Pr. sollte an die Spitze dieses norddeutschen Bundes gestellt werden, und auf diese Weise, so hätte der engl. Minister hinzugefügt, würde dieser Herrscher „eine militairische Suprematie erhalten, welche nicht wenig dem Despotismus ähnen würde, welchen Bonaparte über die Rheinbündler ausübt, und welcher aus den verbündeten Fürsten und Staaten ebensoviele Vasallen Sr. preussischen Majestät machen würde.“ Man fürchtete also, dass Preussen, wenn es siegte, den Sieg dazu benutzen würde, um auf seine Bundespläne zurückzukommen.

Andere Bedenken kamen hinzu. In dem Vertrage war England um Subsidien, Unterstützung an Waffen und Munition, sowie um Ausführung von Diversionen im Rücken der französischen Armeen angegangen. In ihren militärischen Plänen, die durch Krusemark und Engelmann in London vorgelegt wurden, hatten die Verbündeten besonders eine Diversion an der Ems, sowie zwischen Elbe und Weser in Aussicht genommen. Dass aber gerade Lord Hutchinson diesen Plänen immer widersprach und überhaupt voll Geringschätzung gegen die Armee der Verbündeten war,***) konnte auf die englische Regierung nicht ohne Einfluss bleiben. Der Fall Danzigs schien seine Ansicht zu bestätigen.

Am meisten scheint jedoch die Spannung, in der sich Engl. seit einiger Zeit mit Russl. befand, ins Gewicht gefallen zu sein. Russland hatte einige Monate früher Engl. um eine Anleihe von 6 Millionen Pfund ersucht, unter ähnlichen Bedingungen, wie sie vorher der österreich. Regierung bewilligt waren. Diese Anleihe war von Engl., wenigstens unter der genannten Bedingung, abgelehnt worden. Vielmehr versuchte Engl. die Geldnot Russlands auszunutzen, um Vergünstigungen für seinen Handel zu erlangen. England wünschte einen neuen Handelsvertrag oder wenigstens die Verlängerung desjenigen von 1797, dessen Ablauf nahe bevorstand, worauf Russland nur unter der Bedingung einer englischen Diversion eingehen wollte. Die Spannung war noch dadurch erhöht worden, dass England einige russische Schiffe, die aus französischen Häfen ausgelaufen waren, gekapert hatte.****)

So blieben die Vorstellungen der Unterhändler Preussens und Russlands ohne den gewünschten Erfolg. Zwar traf Lord Gower am 13. Juni als engl. Bevollmächtigter in Tilsit ein, aber seine Eröffnungen waren „noch nicht befriedigend“.*****) Die Abneigung des russischen Hofes gegen Engl. war damals schon so gross, dass Hardenberg selbst Lord Gower bat, sich nicht zu den Monarchen zu begeben.

*) Ranke III 359.

***) Martens VI S. 408.

****) Ranke III S. 365 ff.

*****) S. Garden X S. 215 ff.

*****) Ranke III S. 457.

Das einzige, was England für die Verbündeten that, war ein Subsidienvortrag mit Preussen, der am 27. Juni in London von Canning und v. Jacobi unterzeichnet wurde. England verpflichtete sich, den König von Preussen mit 1 Million Pfund zu unterstützen, und versprach in einem geheimen Artikel noch weitere Unterstützung für spätere Zeit.*) Dieser Vertrag kam zu spät und wurde nicht mehr ratifiziert. Durch den Tilsiter Frieden war er unmöglich geworden.

Die Erbitterung über Englands Knausern und Zögern und seine halben Massregeln war am preussischen Hofe ebensogross wie am russischen und sicherlich nicht unberechtigt. „Es ist doch auffallend, sagt Ranke,**) wie diese englische Sparsamkeit der französischen Uebermacht mehr als einmal nützlich gewesen ist.“ --

Mit noch grösserer Erwartung als auf Schweden und England blickte man auf Oesterreich.

Wie oben erwähnt, hatte Kaiser Franz, unter dem Einfluss einer vornehmlich vom Erzherzog Karl vertretenen Friedenspartei allen Lockungen Preussens und Oesterreichs ebenso sehr widerstehend als denjenigen Napoleons, den Krieg führenden Mächten den Vorschlag einer Friedensvermittlung gemacht, in der Hoffnung, für Oesterreichs Stellung dabei einen Gewinn herauszuschlagen. Während Napoleon, um Oesterreich nicht zu verletzen und den Verbündeten in die Arme zu treiben, den Vorschlag anzunehmen versprach, antworteten Russland und Preussen, denen nach den Bartensteiner Beschlüssen nichts an einer Vermittelung gelegen war, ausweichend und forderten vielmehr Oesterreich unter Mitteilung des Bart. Vertr. zum Anschluss auf. Von den Gesandten der beiden Mächte, Finkenstein und Rasumowsky, wurden 2 gleichlautende Noten überreicht, in denen erklärt wurde,***) dass man bereit sei, im Falle des Beitritts Oesterreichs auf besondere Wünsche dieser Macht einzugehen, also über die Zugeständnisse des Art. VI. hinauszugehen. Aber auch hier fand man kein bereitwilliges Entgegenkommen. Selbst Stadion, der einem Anschlusse Oesterreichs geneigt war, fand an dem Vertrage viel auszusetzen. Dem schwerfälligen Wiener Hofe waren die Pläne Hardenbergs viel zu kühn. Man fand die Forderungen zu hoch gestellt, als dass ein Eingehen Nap.'s darauf zu erwarten wäre. Die Vorschläge in bezug auf Deutschland und Italien seien unbestimmt und unbefriedigend. Doch das waren leere Ausflüchte. Oesterr. hätte ja seine abweichenden Wünsche geltend machen können. Stadion antwortete zunächst ausweichend, man wolle erst die angekündigte Ankunft der militairischen Bevollmächtigten abwarten. Als nach Knesebecks und Thuills Ankunft der russ. Gesandte eine kategorische Antwort verlangte, musste Oest. Farbe bekennen. Dennoch konnte man sich nicht entscheiden. Die Bevollmächtigten Pr.'s. und Russl.'s weigerten sich, den militairischen Operationsplan vorzulegen, ehe Oestr. im Prinzip seinen Beitritt erklärt hätte. Stadion sowohl wie der Kaiser erklärten: „Ohne zu wissen, mit welchen Mitteln Russl. und Pr. ihre Absichten durchzusetzen glauben, kann nichts für den Augenblick geschehen“.***) Obgleich dem Grafen Stadion, um dem Wiener Hof auch den letzten Vorwand zu nehmen, nun ein von Knesebeck und Thuill unterzeichnetes Memoire übergeben wurde, obgleich Knesebeck „dem Grafen Stadion mit Zahlen und Thatsachen darzuthun suchte, dass ein kriegerisches Auftreten Oesterreichs im Rücken Nap.'s diesem den Untergang bereiten, Europa befreien würde“, obgleich er in 2 Denkschriften****) alle Gründe längeren Zuwartens widerlegte, fand der Kaiser den erlösenden Entschluss nicht. Es war der Einfluss des Erz. Carl, der mit dem ganzen Aufwande seiner militairischen Autorität

*) Gardin X S. 410.

***) Bd. IV S. 87.

****) Beer, Zehn Jahre öst. Politik 1801—1810 S. 284 ff. S. a. die preussische Note bei Gardin X. S. 207. ff.

*****) Eigene Worte des Kaisers am Rande eines Vortrages vom 31. Mai. Beer öst. Polit. S. 286.

*****) Vom 12. u. 21. Juni. Sie befinden sich im preuss. Staatsarchiv. S. Oncken a. a. O. S. 111.

die Ueberzeugung vertrat, dass Oester. in einem Kriege mit Frankreich unzweifelhaft unterliegen müsse. Das einzige, was dem Kaiser gegen eine Ablehnung des Beitritts Bedenken einflösste, war die Gefahr, dass die Krieg führenden Mächte ohne Oesterreichs Teilnahme einen Frieden schliessen könnten. Um dies zu verhindern, wurde die Absendung des Generals v. Stutterheim in das Hauptquartier der Verbündeten in Aussicht genommen. Doch wenn er ohne die erwartete Erklärung kam, war zu befürchten, dass die Verbündeten gerade dadurch zum Abschluss eines Separatfriedens bestimmt werden könnten. So wurde denn auf Stadions Rat beschlossen, Stutterheim mit der Erklärung abzusenden, dass Oest. unter gewissen Bedingungen bereit sei, sich auf die Seite der Verbündeten zu stellen.*) Das war zwar endlich eine Wendung zum besseren, aber Wochen, ja Monate wären vergangen, ehe Oester. auf dem Punkte hätte sein können, in den Kampf einzugreifen. Da traf die Nachricht von dem Waffenstillstande in Wien ein. Man war überzeugt, dass ein Friede folgen würde, und so wurde Stutterheim, der noch nicht abgereist war, nunmehr mit der Instruktion versehen, dafür zu wirken, dass Oesterreich an dem Friedenswerke beteiligt werde. Diese Hoffnung erfüllte sich nicht. Wie sehr Stutterheim seine Reise beschleunigte, er kam zu spät. Als er in Tilsit am 9. Juli eintraf, war der Friede geschlossen. Alexander empfing ihn nicht; dem siegreichen Imperator aber, der ihn freundlich empfing, sprach er von den freundschaftlichen Gefühlen seines Herrn für Frankreich und von seinem lebhaften Wunsche, den Frieden zu erhalten.

So war also auch Oesterreich zu spät gekommen.

Ob seine Entschlüsse, die vor der Nachricht von dem Waffenstillstand gefasst waren, ernst gemeint waren, ob sie nicht auch nur als ein Versuch aufzufassen sind, die eigene Entscheidung so lange hinauszuschieben, bis sie durch Erfolge der Verbündeten auf dem Kriegsschauplatze und das Verhalten Englands erleichtert worden wäre, ist zum mindesten zweifelhaft. Doch urteilt Hardenberg sicher falsch, wenn er sagt,**) Stutterheim „hatte den Auftrag, dem Kaiser A. und dem Könige die Nachricht zu bringen, dass sein Herr entschlossen sei, dem Kriege gegen Frankr. beizutreten.“ Wenn St.'s Auftrag so gelautes hätte, hätte er in Tilsit nicht so auftreten können, wie er es gethan hat.

Während die verbündeten Monarchen in Tilsit sehnsüchtig auf die Antwort aus Wien und London warteten, traten auf dem Kriegsschauplatze jene Ereignisse ein, die dem Bart. Vert. allen Boden entzogen. Die bekannten Vorgänge seien hier nur kurz wiedergegeben.

Die Eroberung Danzigs brachte die Dinge in Fluss. Bennigsen setzte sich in den ersten Tagen des Juni in Bewegung, nahm am 5. den Franzosen Guttstadt, brachte auch am 6. dem Ney'schen Corps erhebliche Verluste bei, zog sich dann aber zur allgemeinen Verwunderung zurück und nahm eine verschanzte Stellung bei Heilsberg ein. Hier griff ihn Nap. am 10. Juni an; dank der Tapferkeit der Russen und besonders der preuss. Reiterei behauptete B. das Schlachtfeld. Aber es war wie bei Eylau. Anstatt den teuer erkauften Vorteil zu benutzen und den Feind am 11. wieder anzugreifen, zog er sich längs der Alle auf Bartenstein und Schippenbeil zurück. Er beabsichtigte, längs der Alle bis Wehlau zu marschieren und in Verbindung mit dem l'Estocq'schen Corps, das sich auf Königsberg zurückzog, den Pregel zu verteidigen, bis die russischen Verstärkungen eintrafen.***) Nap. ging jedoch auf der Sehne des Bogens, den Bennigsen beschrieb,

*) Beer a. a. O. S. 287. Leider theilt B. nicht mit, welche Bedingungen das gewesen sind.

**) Ranke III S. 527.

***) S. Höpfner. Der Krieg von 1806 u. 1807. Bd. III S. 626 f.

vor, und so stiessen beide Armeen bei Friedland am 14. zusammen. Bennigsen griff den Feind, dessen Stärke er nicht kannte, an und erlitt eine vollständige Niederlage. Die geschlagene russische Armee zog sich nach dem Njemen zurück, das l'Estocq'sche Corps musste Königsb. räumen, und am 18. u. 19. Juni überschritten die Preussen und Russen vereinigt den Njemen.

Mit einem Schlage gewann die Friedenspartei im russ. Lager die Oberhand. Seit Monaten war dieselbe bemüht, den Kaiser zu gewinnen. Fast alle höheren Offiziere, an ihrer Spitze der Grossfürst Constantin, des Kaisers Bruder, vertraten die Ansicht, dass der Friede notwendig sei, teils weil Russl. selbst kein Interesse an diesem „Kriege für Preussen“ habe, teils weil die Armee zu schwach und untüchtig sei, als dass man auf einen günstigen Ausgang des Kampfes hoffen könnte. Hatte Al. bisher dieser immer stärker anwachsenden Strömung tapfer widerstanden, jetzt, als Bennigsen selbst nach der Schlacht bei Friedland die Notwendigkeit betonte, mit Nap. zu unterhandeln, brach sein Widerstand zusammen. Alex. sandte dem bei der Armee befindlichen Minister Popow eine schriftliche Ermächtigung für Bennigsen zu Waffenstillstandsunterhandlungen mit dem Befehl, dieselbe dem General nur dann zu übergeben, wenn auch nach seiner, Popows, Ansicht der Zustand der Armee die Unterhandlungen notwendig erscheinen liesse. Popow hielt sich für verpflichtet, die erwähnte kaiserliche Ermächtigung Bennigsen auszuhändigen, und sofort leitete dieser am 19. die Unterhandlungen ein. Dieselben führten bekanntlich dahin, dass am 21. Juni ein 4wöchentlicher Waffenstillstand zwischen Russl. und Frankr. abgeschlossen wurde, und zwar ohne Rücksicht auf Preussen. Zwar bestimmte der III. Art. desselben eine Frist von 4—5 Tagen; binnen welcher ein besonderer Waffenstillstand auch zwischen Frankreich und Preussen geschlossen werden sollte, aber ohne irgend eine Bedingung. So war diese Bestimmung fast völlig wertlos, denn nach Ablauf jener Frist konnte Nap., wenn Pr. nicht auf alle seine Bedingungen einging, die Feindseligkeiten beginnen und Pr. ganz erdrücken.

Wir müssen es uns versagen, auf die Verhandlungen der Verbündeten untereinander und diejenigen mit dem Feinde näher einzugehen. Genug, dem von Russl. im Stiche gelassenen Preussen blieb nichts Anderes übrig, als ebenfalls einen Waffenstillstand zu schliessen, der sein Schicksal besiegelte. Es folgen die Tilsiter Tage, traurigen, schmachvollen Andenkens, die Umgarung Alexanders, der seinen Freund seinem Schicksale überliess, die geringschätzigte Behandlung des Königs durch Napoleon, die Alexander ebenfalls ruhig duldete, die von Nap. durchgesetzte Entfernung Hardenbergs und Budbergs von der Leitung der Friedensunterhandlungen und endlich der Abschluss der unerhörten Friedensverträge von Tilsit. —

Wenn Hardenberg im Zorn über das Scheitern aller seiner Pläne und mit ihm die meisten deutschen Geschichtsschreiber dem Kaiser A. den Vorwurf des Verrats aus Charakterschwäche machen, indem sie behaupten, dass für ihn noch immer kein zwingender Grund zum Frieden vorgelegen habe, und wenn anderseits die Russen, besonders Martens, die Politik von Tilsit aufs äusserste verteidigen, weil eine Fortsetzung des Widerstandes aussichtslos gewesen sei — so treffen beide Ansichten wohl nicht das Richtige. Man kann sich dem Gewicht der Gründe, die Al. zu seinem Systemwechsel veranlassten, nicht ganz verschliessen. Der elende Zustand der russischen Armee, die Stimmung des russ. Offizierkorps, die ungeahnte Schwäche Preussens, die Teilnahmslosigkeit Oesterreichs, die Schwerfälligkeit und die Knauserie Englands — das waren Gründe, denen zumal unter dem Eindruck der Niederlage bei Friedland auch ein stärkerer Charakter, als derjenige Alexanders war, schwerlich widerstanden hätte. So hat denn auch Ranke dem Rücktritt Al.'s von dem Bart. Verträge insofern durchaus Gerechtigkeit widerfahren lassen, als er sagt: Die Ideen von Bartenstein „waren durch das Ereignis von Friedland unausführbar ge-

worden.“*) Anderseits kann es aber auch keinem Zweifel unterliegen, dass die Anknüpfung von Waffenstillstandsunterhandlungen, zu der Alex. Bennigsen ohne vorherige Verständigung mit Preussen ermächtigte, ein eklatanter Bruch des I. Art. des Bart. Vertrages war, und dass die Haltung A.'s im weiteren Verlaufe der Tilsiter Unterhandlungen, die geringe Unterstützung, die er seinem Freunde angedeihen liess, insbesondere die Annahme eines kleinen preussischen Gebietes aus der Hand Napoleons, der Freundschaft und Einigkeit, die durch den Bart. Vertrag besiegelt zu sein schien, direkt zuwiderliefen.

So waren die Bartensteiner Hoffnungen durch den Tilsiter Frieden zu Grabe getragen, — doch nur eine kurze Frist, und sie erstanden von neuem mit siegender Gewalt, um dann durch die Ruhmesthaten der Befreiungskriege in der Hauptsache wenigstens ihre Erfüllung zu finden. —

Anhang.

Bartenstein im Frühjahr 1807.

Bartenstein hat die Ehre, dass jene bahnbrechenden Gedanken des Bartensteiner Vertrages in seinen Mauern Gestalt gewannen, und dadurch sein Name für alle Zeit mit diesem denkwürdigen Akte verbunden bleibt, teuer bezahlen müssen. Die Nachrichten über das damalige B. fliessen nur spärlich; eine eingehende zeitgenössische Schilderung B.'s habe ich nirgends entdecken können. Einige einzelne, zerstreut gefundene Mitteilungen will ich hier zu einem kleinen Bilde zusammenstellen.

Die erste regelrechte preussische Volkszählung v. J. 1816 hat für B. 2496 Einwohner ergeben.***) Es lässt sich annehmen, dass die Bevölkerung von 1807 allerdings nicht schwächer, aber auch nicht erheblich stärker gewesen ist.

Dieses kleine Landstädtchen wählte der kommandierende General der russischen Armee, v. Bennigsen, zu seinem Hauptquartier und verlegte seinen Sitz am 7. März dorthin. Wenn man bedenkt, wie gross der ganze Apparat eines solchen Hauptquartiers ist, und dass naturgemäss auch eine grössere Anzahl von Truppen in B. untergebracht war; dass selbst Gefangene sich hier befanden, wird man sich eine Vorstellung davon machen können, wie sehr die Bürger B.'s dadurch belastet waren. Und diese Last hatten sie vom 7. März bis zu den ersten Tagen des Juni, also volle drei Monate zu tragen, nachdem die Stadt im Laufe der Monate Januar und Februar wiederholt vom Feinde hart mitgenommen war.***)) An demselben Ort nahmen dann am 18. April auch die beiden Monarchen, Friedrich Wilhelm III und Alexander I, ihren Aufenthalt, gefolgt von einer neuen grösseren Truppenzahl und einer Schar von Staatsmännern und fremdländischen Diplomaten. Man hatte Schippenbeil zuerst für den Aufenthalt der Monarchen in Aussicht genommen,****)) doch konnte man hier vermutlich für die Monarchen mit ihrem grossen Gefolge keine genügende Unterkunft finden.*****) Dass es damit auch in Bartenstein seine grossen Schwierigkeiten gehabt haben wird, liegt auf der Hand. Der König Friedr. Wilhelm III nahm seine Wohnung in der „Medicin-Apotheke,“ die sich damals in demselben Hause befand wie heute, während der Kaiser Alexander bei dem Pfarrer der Stadtkirche, Superintendent Keber, unterkam. Die beiden Fürsten speisten, wie Hardenberg (III 481) mitteilt, immer wechselweise einer bei dem andern. Eine in mehrfacher Hinsicht interessante Schilderung der Bartensteiner Zustände in jenen Tagen finden wir in den Denkwürdigkeiten des später so berühmt gewordenen, verdienten Generalfeldmarschalls

*) Ranke IV S. 86. **) Neumann, Ortslexikon d. deutschen Reichs 1893. ***) Behnisch, Versuch einer Gesch. d. St. Bartenstein 1836 S. 304 ff. ****) S. Schladen, Tagebuch S. 179 u. Hardenberg III 354. *****) Schippenbeil hatte 1807 nur 1080 Einwohner. S. Liek, die Stadt Schippenbeil S. 30.

von Boyen, der einen grossen Teil seiner Lieutenantszeit in Bartenstein verlebt hatte, bei Auerstädt verwundet war und nach seiner Genesung am 28. April nach Bartenstein zurückkehrte, um sich seinem Monarchen wieder zur Verfügung zu stellen.

Boyen erzählt folgendermassen:*)

„So hatte die wunderbare Fügung des Schicksals mich nun wieder nach jener Stadt zurückgeführt, aus der ich vor ungefähr einem halben Jahre voller Hoffnungen meinen Kriegszug antrat. Ich war wieder in den Mauern, die mit geringen Unterbrechungen beinahe zwanzig Jahre hindurch meinen Aufenthaltsort bildeten und in denen ich unter manchen Kreuz- und Querzügen vom Jüngling zum Manne reifte. Aber unter welchen Veränderungen betrat ich diese Strassen, wie hatte sich für den Augenblick die ganze innere Form dieser sonst ruhigen Landstadt**) verändert! Wahrlich, die Zauber eines Feenmärchens sind nicht viel Grösseres hervorzubringen imstande. Aus jenem Fenster, aus dem mir sonst der Blick eines Kameraden freundlich zuwinkte, starrte nun das sorgenschwangere Gesicht eines Diplomaten, der in dem gegenwärtigen Hauptquartier neue Kriegsbündnisse zu schliessen beabsichtigte. Eine Dachstube, in der ehemals ein ehrlicher Unteroffizier mit seiner Eehälfte und einer zahlreichen Schar zukünftiger Vaterlandsverteidiger hauste, beherbergte jetzt einen mit Stern und Kreuzen geschmückten Kriegsherrn; die oberen Fenster unseres alten Medizin-Apothekers, die man sonst nur an Feier- und Reinigungstagen geöffnet zu sehen gewohnt war, bildeten jetzt die Wohnung des Königs, meines Herren, und in den Zimmern des Superintendenten, in denen ich sonst häufig mit ihm Schach gespielt hatte, wohnte der Kaiser Alexander, der nun in diesem geistlichen Hause eben so eifrig Politik trieb, als seinen lebhaften Blick nach den schönen Kindern des Landes umherschweifen liess. Kurz, wohin ich auch nur blickte, fand ich eine kaum glaubliche Veränderung aller bisherigen Verhältnisse. Die Einwohner des Orts, die provinziellen Sitten, der ruhige Charakter einer Landstadt, alles war in den Hintergrund getreten; ein Gemisch fremder Sprachen, von russischen Kriegern und zahlreichen französischen Gefangenen, die man frei herumgehen liess, hauptsächlich gebildet, durchwogte die Strassen, auf denen aus allen Ecken herbeigeströmte Marketender und Kaufleute ihre Waren feilhielten und dem Orte das Ansehen einer grossen Messe gegeben haben würden, wenn nicht sich kreuzende Kriegstransporte und Durchmärsche eine anderweitige Tendenz ausgesprochen hätten.“

Boyen fand durch die Güte seines ehemaligen Hauswirts eine Schlafstelle; „es war dies die Kammer, in der ich sonst mein Sattelzeug aufbewahrte, indess unter den gegenwärtigen Umständen ein sehr anständiges Unterkommen.“ B. wurde übrigens, da man in jenem Augenblick sehr nötig Offiziere brauchte, sehr gütig vom König aufgenommen und wieder als Kapitän im Generalstabe bei dem russischen Corps, das am Narew stand, angestellt. In denselben Tagen erschien auch Blücher in Bartenstein. Er war endlich aus seiner Kriegsgefangenschaft durch Auswechslung gegen den von den Preussen gefangen genommenen französischen General Victor erlöst und sah nun seinen König zum ersten Male nach jenem in den Tagen allgemeiner Mutlosigkeit und schmachvoller Verzagtheit so rühmlich hervorstechenden Zuge von Jena bis Lübeck wieder. Der König, der ihn in seiner Wohnung empfing, verlieh ihm den schwarzen Adlerorden; da er gerade keinen zur Hand hatte, gab Hardenberg den seinigen her. Auch mit Bennigsen hatte Blücher eine Unterredung, und es ist bemerkenswert, wie er aus derselben sofort klar die Situation erkannte und den russischen General durchschaute. Blücher schrieb damals: „Wir sind verraten und verkauft,“ und das war in den Tagen, als der Bartensteiner Vertrag soeben geschlossen war.

*) Erinnerungen an dem Leben d. Generalfeldmarschalls Hermann v. Boyen. Aus seinem Nachlass im Auftrage der Familie herausgegeben v. Friedrich Nippold, Leipzig 1889 Bd. I S. 235 ff. Die altertümliche Orthographie v. Boyens habe ich in obigem Citat nicht mit übernommen. **) An einer andern Stelle (S. 131 u. 132) nennt B. die Stadt Bartenstein „wenig belebt,“ sein Leben „einfach und wenig gesellig.“

Die Anwesenheit der Monarchen in Bartenstein dauerte bis zum 20. Mai, also 4½ Wochen.*) Der lange Aufenthalt der Monarchen und ihres Gefolges, die ungewöhnlich starke Belegung der Stadt und der Umgegend mit Truppen und die lange Dauer der Kriegsnot hatten für die Bewohner schlimme Folgen. Die Lebensmittel erreichten nicht nur einen unerhörten Preis, — ein Scheffel Roggen kostete 7 Thaler, Gerste 5, Hafer 4 Thaler, — sie waren überhaupt in der Gegend nicht zu haben und mussten aus Königsberg herangeschafft werden. Dazu kam noch die Not einer Viehseuche. Wenn so die Landwirtschaft durch die Kriegsnot, Verlust des Angespans, Viehseuchen und mangelnde Bestellung des Ackers auf lange Zeit schwer geschädigt war, hatten die Gewerbetreibenden während der 3 Monate, da durch die hohen Personen viel Geld in Umlauf kam, guten Verdienst. Andererseits hatte die Bevölkerung von der Roheit der russischen Soldaten, ihrer zügellosen Raub- und Plünderungssucht, viel zu leiden. Es ist darauf hingewiesen, dass gerade diese russische Armee sich in einem Zustande vollständiger Verwahrlosung befand. Wenn Hardenberg schreibt**): „Die abscheulichsten Plünderungen und Exzesse fanden sozusagen unter den Augen des Kaisers statt, denn auf dem Markte zu Bartenstein sah ich täglich geraubte Sachen feilbieten,“ wenn er weiter sagt: „Haufenweise schwärmten ganze Abteilungen weit hinter der Armee herum, verheerten das Land und raubten die Mittel zur Subsistenz, fouragierten ganz willkürlich und misshandelten die königlichen Unterthanen“, so kann man nach solchen Worten wohl ahnen, welche Summe von Not und Elend von den armen Bewohnern unserer Gegend damals getragen werden musste. Die unausbleiblichen Folgen jener Not waren Krankheiten und aussergewöhnlich starke Sterblichkeit. 182 Personen starben an Ruhrkrankheiten, und die Zahl aller Todesfälle, die sich sonst auf 80—90 belief, stieg 1807 in der Stadt Bartenstein allein auf 411, auf 934 für das ganze Kirchspiel, ungerechnet die grosse Zahl der Toten, die in dieser Unruhe garnicht bei der Kirche gemeldet wurden.***) Doch hat jene schwere Zeit wenigstens für die öffentliche Gesundheitspflege etwas Segensreiches zu Wege gebracht. Weil nämlich die Monarchen in der Stadt wohnten und speciell Kaiser Alexander im Pfarrhause nahe am städtischen Kirchhofe abstieg, wurde durch einen Erlass Bennigsens strenge untersagt, dass fernerhin noch Leichen innerhalb der Stadt beerdigt würden. Infolgedessen gelangten die schon wiederholt angefangenen, aber immer wieder ins Stocken geratenen Verhandlungen über Anlage, bezüglich Erweiterung des Kirchhofes ausserhalb der Stadt zum Abschluss.****) Die schlimme Zeit erreichte für die Bartensteiner mit dem 14. Juni, dem Tage der Schlacht bei Friedland, endlich ein Ende. Noch am 13. Juni war die Stadt von den Franzosen geplündert, der Durchzug am Schlachttage selbst dauerte von 2 Uhr morgens bis 9 Uhr, „die Prüfungszeit für Bartenstein,“ sagt Behnisch, „hatte jetzt ihren höchsten Grad erreicht.“ Nach Abschluss des Tilsiter Friedens und dem Rückzug der Franzosen, der ordnungsmässig stattfand und darum weniger drückend war, traten endlich ruhigere Zeiten ein, bessere und glücklichere jedoch erst, nachdem das Vaterland befreit war, befreit durch ein Coalition, wie man sie im Jahre 1807 zu Bartenstein vergeblich geplant hatte.

*) Hardenberg III S. 385. Es sei hier auf einen Irrtum in d. neuen mit grosser Freude zu begrüssenden Werke v. Ad. Böttcher: „Die Bau- und Kunstdenkmäler der Provinz Ostpreussen“ II S. 29 hingewiesen. B. lässt den König von Preussen und Alexander ihren Aufenthalt auf 13 Wochen nach B. verlegen und hier am 25. April einen Bundesvertrag schliessen. B. ist wohl Behnisch gefolgt, welcher an einer Stelle sagt: „Dieser Zustand dauerte 13 Wochen“ d. h. die Anwesenheit des russischen Hauptquartiers. Auch die falsche Datierung des Vertrages (25. st. 26. April) stammt aus Behnisch, dem auch sonstige Irrtümer unterlaufen. Z. B. S. 306: „Ihm folgte in den ersten Tagen des April Se. Majestät der König von Preussen und Se. Maj. der Kaiser von Russland (es war der 18.) u. S. 308: In den ersten Tagen des Monat Juni begaben sich die beiden Majestäten nach Tilsit (es war der 20. Mai). **) III S. 373. ***) Behnisch S 309. ****) S. 302. Es ist der sogenannte Kirchhof „auf dem Kullenberge.“